

# Hansische Geschichtsblätter



**Herausgegeben vom  
Hansischen  
Geschichtsverein**

# HANSISCHE GESCHICHTSBLÄTTER

HERAUSGEGEBEN  
VOM  
HANSISCHEN GESCHICHTSVEREIN

129. JAHRGANG



2011

Porta Alba Verlag  
Trier

## REDAKTION

Aufsatzteil: Prof. Dr. Rolf Hammel-Kiesow, Lübeck

Umschau: Dr. Volker Henn, Kordel

Für besondere Zuwendungen und erhöhte Jahresbeiträge, ohne die dieser Band nicht hätte erscheinen können, hat der Hansische Geschichtsverein folgenden Stiftungen, Verbänden und Städten zu danken:

POSSEHL-STIFTUNG ZU LÜBECK  
FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
FREIE HANSESTADT BREMEN



HANSESTADT LÜBECK

Landschaftsverband  
Westfalen-Lippe



DR. MARGARETE SCHINDLER, BUXTEHUDE

Umschlagabbildung nach: Hanseraum und Sächsischer Städtebund im Spätmittelalter, in: Hanse, Städte, Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser, Bd. 1, hg. v. Matthias Puhle, Magdeburg 1996, S. 3.

Zuschriften, die den Aufsatzteil betreffen, sind zu richten an Herrn Prof. Dr. Rolf HAMMEL-KIESOW, Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck (rolf.hammel-kiesow@luebeck.de); Besprechungsexemplare und sonstige Zuschriften wegen der Hansischen Umschau an Herrn Dr. Volker HENN, Auf dem Pfahl 5, 54306 Kordel (v.henn@gmx.de).

<http://www.hansischergeschichtsverein.de>

Beiträge werden als Manuskript und auf Diskette erbeten. Die Verfasser erhalten von Aufsätzen und Miszellen 10, von Beiträgen zur Hansischen Umschau zwei Sonderdrucke unentgeltlich.

Die Lieferung der Hansischen Geschichtsblätter erfolgt auf Gefahr der Empfänger. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

---

Eintritt in den Hansischen Geschichtsverein ist jederzeit möglich. Der Jahresbeitrag beläuft sich z. Zt. auf € 30 (für in der Ausbildung Begriffene auf € 15). Er berechtigt zum kostenlosen Bezug der Hansischen Geschichtsblätter. – Weitere Informationen gibt die Geschäftsstelle im Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck.

ISSN 0073–0327  
ISBN 978–3–933701–43–5

# REICHS- UND LANDESSTÄDTE IN IHREM VERHÄLTNIS ZUR HANSE\*

von Heidelore Böcker

Reichsstadt/Landesstadt (Territorialstadt) – Begriffe, die bekanntlich zur Kennzeichnung der Zugehörigkeit von Städten zu den übergreifenden Herrschafts- und Ordnungssystemen Reich und Territorium (Land) gebraucht werden<sup>1</sup>, doch: Welche Stadt war damals wirklich gemeint, fühlte sich in welcher Situation als was angesprochen? Der Erzbischof von Mainz, Sebastian von Heusenstamm, sprach jedenfalls in einem Schreiben an die Kurfürsten des Niedersächsischen Kreises auf dem Reichstag zu Augsburg 1547/48 geäußerte *bedencken der sehe und ansehestedt halben* an, die ihn veranlassten: *So ist unser freuntlich bitt, euer L. welle sich in N. kraiss zum vleissigsten erkundigen, wie es umb die sehe- und ansehestedt gestalt und geschaffen, wer dieselbigen und wie die genent seindt, welche reichsstedt oder sunst Kff., Ff. und herren und whom sie zugehörig, welche auch dem hl. Reich nit on mittel underworfen und sich von iren oberkheitten auszutziehen und in alleweg zu befreien understanden, ...*<sup>2</sup>

---

\* Überarbeiteter und durch Anmerkungen ergänzter Vortrag, gehalten anlässlich der 125. Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins über „Hanse und Reich“, Dortmund, 1.–4. Juni 2009

<sup>1</sup> Eberhard ISENMANN, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter, Stuttgart 1988, S. 107; ebd. S. 109: „Der wissenschaftliche Hilfsbegriff ‚Territorialstadt‘ setzt das Territorium als eine mehr oder weniger geschlossene Gebietsherrschaft voraus und weist der Stadt eine bestimmte politisch-administrative, militärische und finanzielle Funktion zu“; Dietmar WILLOWEIT, Stadt und Territorium im Heiligen Römischen Reich, in: Statuten, Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland, hg. von Giorgio CHITTOLINI und Dietmar WILLOWEIT, Berlin 1992, S. 39–48; Ernst SCHUBERT, Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter (Enzyklopädie deutscher Geschichte. Bd. 35), München 1996.

<sup>2</sup> Deutsche Reichstagsakten (im Folgenden RTA) unter Kaiser Karl V. Jüngere Reihe, Bd. 18, Der Reichstag zu Augsburg 1547/48, 2. Teilband, bearb. von Ursula MACHOCZEK, München 2006, Nr. 153, S. 1649f.: *Demnach Kff., Ff. und gemeine stendt – des hl. Reichs und der abwesenden potschaften, auf itztwerdem reichstag alhie zu Augspurg versamlet, der kraissverordneten ubergebne relation und darin under andirn ir bedencken der sehe- und ansehestedt halben besichtigt und erwegen, haben sie befunden, als in vorigen reichsabschieden von gemelter stedt wegen gesetzt, das mit inen des gemeinen pfennigs halben, damit sie in denselbigen willigten, gehandelt werden sollte, und wiewol allein die, so nit one mittel*

In der deutschen Staatsrechtsliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts wurde davon ausgegangen: Vergegenwärtige man sich die Natur des hansischen Bündnisses (*foedus vel conventio*), so könne man kaum leugnen, dass es für einige der dazugehörigen Städte eine *species conspirationis* sei, denn viele Hansestädte seien nicht *civitates imperiales*, hätten keine *regalia* vom Kaiser, sondern seien außer Kaiser und Reich noch einem *superior magistratus* untertan, hätten im Reich weder Sitz noch Stimme, seien in den Matrikeln nicht erfasst und zahlten nicht dem Kaiser, sondern ihrem Fürsten Steuern. Mit anderen Worten: Sie wären reichsunmittelbar (*civitates mediatae*) und daher nach der Goldenen Bulle nicht bündnisfähig. „Allein je größer die formalrechtlichen Zweifel, desto nachhaltiger erscheinen auch die Bemühungen des Mehrteils der Literatur, das *antiquissimum et celeberrimum foedus Hanseaticum* zu legalisieren. ... Hierin gehört zunächst der Begriff der *civitates mixti status* (*civ. mixtae*), den die Staatsrechtslehre nicht zuletzt im Hinblick auf die Hansestädte schuf, wenngleich die Möglichkeit solcher staatsrechtlicher Zwischengebilde, in der Mitte zwischen den *liberae civitates imperiales* (*immediatae*) und den *civitates subditae* (*mediatae*) stehend, nicht unangefochten blieb.“<sup>3</sup>

---

dem Reich unterworfen oder fursten und herren stedt damit gemeint worden, so were doch ein commission on unterschied an alle sehe- und ansehestedt ausgegangen, darauf gevolgt, dat etliche fursten und herren stedt auf irer landtsfursten und fursten gescheene publication des reichsabschieds und geboten nit achtung geben noch iren gemainen pfennig vermög desselbigen einfordern, vill weniger in die gemeinen kisten antwurten wollen, dardurch dem nidersachsischen kraiss nit gering irthumb erwachsen, zudem das hierdurch etliche underthanen sich von und aus irer herren schuldigen gehorsamen, verwandtnus und pflicht abtztziehen undernemen. ... Vgl. RTA unter Kaiser Karl V., Der Reichstag zu Speyer, 2. Teilband, bearb. von Silvia SCHWEINZER-BURIAN, München 2003 (Jüngere Reihe, Bd. 12), Nr. 285, Abschied des Reichstages – Speyer, 1542 April 11, S. 1168ff., bes. § 57, S. 1183f.; RTA unter Kaiser Karl V., Der Speyrer Reichstag von 1544, Teil 4, bearb. von Erwein ELTZ, Göttingen 2001 (Jüngere Reihe, Bd. 15), Nr. 565, Abschied des Reichstages – Speyer, 1544 Juni 10, S. 2244ff., bes. §§ 32 und 33, S. 2254f.; RTA unter Kaiser Karl V., Der Reichstag zu Worms 1545, 2. Teilband, bearb. von Rosemarie AULINGER, München 2003 (Jüngere Reihe, Bd. 16), Nr. 113 A, S. 1080ff., bes. [7], S. 1082 (einschl. Anm. 5).

<sup>3</sup> Wilhelm EBEL, Die Hanse in der deutschen Staatsrechtsliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts, in: HGbl. 64, 1940, S. 145–169, bes. S. 153ff., wo Ebel hinzufügt: „Kein Zweifel, dass eine solche gesonderte Zusammenfassung der Städte, die nicht pleno jure, sondern, wie man es ansah, nur certis quibusdam pactis et conditionibus einem Landesherrn unterworfen waren, der Rechtsstellung vor allem einer Reihe bedeutenderer Hansestädte (Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald) eher gerecht wurde als die glatte Einordnung in die Mediastädte. Indem man aber diesen *civitatibus mixtis* verschiedene Rechte zubilligte, die den Landstädten zumal seit dem Westfälischen Frieden nicht mehr vergönnt waren (*ius fisci*, *ius archivi*, *ius religionis libertatem habendi*, *ius magistratum libere constituendi* etc.), rechtfertigte man theoretisch das, was in den Hansestädten ohnedies tatsächlicher Zustand war. Hinsichtlich der Bündnisfähigkeit hat man diesen Schritt allerdings nicht gewagt. Es komme ... auf den Gegenstand des Bündnisses, vor allem aber auf den Grad der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit an, ob die *civitas mixta* ohne Wissen oder gegen den Willen des Landesherrn sich mit anderen verbünden könne.“ Vgl. dazu auch Albrecht CORDES, Die Rechtsnatur der

Auch in den letztlich vergangenen Jahrzehnten wurde auf das Problem verwiesen. Die vielen individuellen Erscheinungsformen lassen sich nicht ohne weiteres unter dem üblichen und scheinbaren Gegensatz Reichsstadt – Landstadt fassen.<sup>4</sup> Sinnvoll erscheine es, eine Klassifizierung nur in Verbindung von rechts-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kategorien zu wagen.<sup>5</sup>

Trotz der genannten Bedenken geht die Forschung im Sinne quantitativer Relativierung weit verbreitet davon aus: Unter den mehr als 3000 Städten im Reich zwischen 1300 und 1500 gab es etwa 70 bis 100 Reichs- und Freie Städte.<sup>6</sup> Die meisten davon lagen südlich des Mains, in Niederdeutschland hingegen lediglich die Reichsstädte Lübeck, Dortmund, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen<sup>7</sup> sowie die Freie Stadt Köln. Köln aber

---

Hanse. Politische, juristische und historische Diskurse, in: HGBll. 119, 2001, S. 49–62, bes. S. 56f.

<sup>4</sup> Friedrich Bernward FAHLBUSCH, Städte und Königtum im frühen 15. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte Sigmunds von Luxemburg (Städteforschung A/17), Köln 1983, S. 3: „Ausgehend von den Überlegungen, die J. Sydow 1966 wieder zu Problemen der Terminologie angestellt hat und die seitdem weiterverfolgt wurden sowie auch aus anderer Richtung neue Impulse bekommen haben, soll im folgenden immer wieder auf die Schwierigkeiten verwiesen werden, die sich in den allgemeinen Bezeichnungen für die Städte, besonders infolge der juristisch ausgerichteten Klassifikation des 19. Jahrhunderts verbergen. Individuelle Erscheinungsformen, die sich im 15. Jahrhundert eben nicht ohne weiteres unter dem üblichen und scheinbaren Gegensatz Reichsstadt – Landstadt fassen lassen, ...“; Jürgen SYDOW, Reichsstadt, Territorialstadt und freie Stadt im Mittelalter, in: Tübinger Forschungen, Nr. 30, 1966, S. 1–5; Evamaria ENGEL, Die deutsche Stadt im Mittelalter, Düsseldorf 2005, S. 302: „Wenn man diese Stadttypen mit der von der neueren Forschung, insbesondere von Peter Moraw entwickelten Kennzeichnung als ‚königsnahe‘ bzw. ‚königsferne‘ Städte verbindet, dazu stets die Beziehungen dieser Städte zu den umliegenden fürstlichen Machtfaktoren berücksichtigt, wird eine der spätmittelalterlichen Wirklichkeit näher kommende Erfassung des Phänomens Reichsstadt möglich sein. Unter diesen Voraussetzungen halten wir eine Typologie, für die die verfassungsmäßigen und politischen Beziehungen einer Stadt zu ihrem Grund- bzw. Stadtherrn namensgebend sind, durchaus für hilfreich.“

<sup>5</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 223; Johannes HELMRATH, Köln und das Reich. Beobachtungen zu Reichstagsakten, Reichstagen, Städtetagen, in: Geschichte in Köln, Bd. 43 (August 1998), S. 5–32, bes. S. 10f.: „Eine homogene Gruppe haben ‚die‘ Städte also keineswegs gebildet. Allein schon in Größe und Wirtschaftskraft lagen Welten zwischen einer Großstadt wie Köln (ca. 40.000 Einwohner) und Mikroreichsstädten wie Zell am Harmersbach oder Gengenbach mit ihren wenigen hundert Einwohnern.“

<sup>6</sup> Paul Joachim HEINIG, Reichsstädte, in: LexMal., Bd. 7, München 1995, Spalte 637–639; Eberhard ISENMANN, Zur Frage der Reichsstandschaft der Frei- und Reichsstädte, in: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag, hg. von Franz QUARTHAL, Sigmaringen 1980, S. 91–110; Gisela MÖNCKE, Zur Problematik des Terminus „Freie Stadt“ im 14. und 15. Jahrhundert, in: Bischofs- und Kathedralstädte des Mittelalters und der frühen Neuzeit, hg. von Franz PETRI (Städteforschung A/1), Köln 1976, S. 84–94; Joachim SCHNEIDER, Die Reichsstädte, in: Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. 962 bis 1806, Essays, hg. von Matthias PUHLE und Claus-Peter HASSE, Dresden 2006, S. 411–424, bes. S. 412: „... eine kleine, wenngleich prominente, da politisch und wirtschaftlich einflussreiche Minderheit.“

<sup>7</sup> Ernst DAENELL, Die Blütezeit der deutschen Hanse. Hansische Geschichte von der zwei-

wurde faktisch wie eine Reichsstadt behandelt, schon bevor das Reichsstadtprivileg von 1475 ausgestellt worden war<sup>8</sup>, dann aber, am 19. September 1475, für seine Verdienste im Krieg gegen Herzog Karl von Burgund von Kaiser Friedrich III. auch formell zur Reichsstadt erklärt.<sup>9</sup>

Im Folgenden wird von der Frage ausgegangen, ob es im Hanseraum einen Zusammenhalt, ein informelles Gruppenbewusstsein zwischen Reichsstädten einerseits und zwischen Landesstädten andererseits gab<sup>10</sup> bzw. in welchen Situationen gegenüber der Hanse ein unterschiedliches Verhalten zutage trat. Dahinter stehen Beobachtungen und Überlegungen, welche Einbindungen die niederdeutschen Reichsstädte in das Reich hatten, wie ausgeprägt ihre politisch-rechtliche Verankerung im Territorium mit Fürsten und Landesstädten war, welchen Zugang sie zur Hanse hatten, ob eine (Reichs- bzw. Freie) Stadt bzw. eine Städtegruppe im Konfliktfall mit der Hanse im Reich resp. beim König bzw. Kaiser Rückhalt suchte und fand.<sup>11</sup>

---

ten Hälfte des XIV. bis zum letzten Viertel des XV. Jahrhunderts, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 2001, S. 452: „Niederdeutschland, die Hanse, besaß deren nur drei, Lübeck, Dortmund und Goslar; Mühlhausen und Nordhausen waren für die Hanse bedeutungslos. Alle anderen hatten Landesherren über sich“; Philippe DOLLINGER, *Die Hanse*, 3., überarb. Aufl., Stuttgart 1981, S. 151: „Aber es gab in diesem Gebiet wenige Reichsstädte: außer Lübeck sind nur noch Dortmund und Goslar und in einer schon am Rande liegenden Zone Nordhausen und Mühlhausen in Thüringen zu nennen.“

<sup>8</sup> Peter MORAW, *Hansestädte. König und Reich im späten Mittelalter*, in: *Vergleichende Ansätze in der hansischen Geschichtsforschung*, hg. von Rolf HAMMEL-KIESOW (Hansische Studien XIII), Trier 2002, S. 53–76, bes. S. 67; HELMRATH, *Köln und das Reich* (wie Anm. 5), S. 23: „Das sog. Reichsstadtprivileg Friedrichs III. vom 19. September 1475 sanktionierte im Grunde nur die tatsächlich längst bestehenden Verhältnisse.“

<sup>9</sup> Der Kaiser betonte ausdrücklich, dass fortan auf ewig kein Erzbischof zu Köln Bürgermeister, Rat, Bürger noch Gemeinde der genannten Stadt Köln als seine Bürger und Getreuen und auch nicht dieselbe Stadt in seinen Schriften oder Reden seine Stadt nennen sollte. – Anna Dorothee VON DEN BRINKEN, *Köln 1475 des Heiligen Reiches Freie Stadt* (Ausstellungskatalog), Köln 1975; Text des Reichsstadtprivilegs S. 56–65, bes. S. 61, Nr. 84; vgl. auch: *Texte zur Kölner Verfassungsgeschichte*, ausgew. u. mit einer Einleitung versehen von Bernd DREHER (Veröffentlichungen des Kölnischen Stadtmuseums. Bd. 6), Köln 1988, S. 52–55.

<sup>10</sup> Otto Gerhard OEXLE, *Die Hanse vor der Hanse*, in: *Konzeptionelle Ansätze der Hanse-Historiographie*, hg. von Eckhard MÜLLER-MERTENS und Heideloire BÖCKER (Hansische Studien XIV), Trier 2003, S. 45–60, S. 46: „Gilden, Zünfte und Hansen sind also Formen der Gruppenbildung, sind spezifische Formen des Zusammenschlusses von Menschen, die auf Konsens und Vertrag beruhen und ebenso spezifische Formen der Mentalitäten, der Weltdeutungen, des Selbstverständnisses, der Wertsetzungen, aber auch der sozialen Praxis und der Institutionenbildung implizieren“; vgl. auch Geleitwort, in: ebd. S. 6, und Otto Gerhard OEXLE, *Soziale Gruppen in der Ständegesellschaft: Lebensformen des Mittelalters und ihre historischen Wirkungen*, in: *Die Repräsentation der Gruppen*, hg. von Otto Gerhard OEXLE und Andrea VON HÜLSEN-ESCH (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte. Bd. 141), Göttingen 1998, S. 9–44.

<sup>11</sup> Unter Beachtung des Hinweises von Klaus FRIEDLAND, *Die Hanse*, Stuttgart 1991 (der S. 162 Vorkommnisse in den Jahren 1342, 1363 und 1366 anspricht): „Welchen Vorrang die

Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem 15. Jahrhundert. Nach herleitenden Erörterungen und vergleichend möglicher Inanspruchnahme der Forschungsergebnisse namentlich von Friedrich Bernward Fahlbusch<sup>12</sup> werden die Vorgänge rückwirkend vom Standpunkt der 70er Jahre des 15. Jahrhunderts aus<sup>13</sup>, der Zeit des Regensburger Reichstags<sup>14</sup>, der Verhandlung Kölns<sup>15</sup> und seiner Anerkennung als Reichsstadt durch den Kaiser, angesprochen. Als generell grundlegend seien hier bereits neuere Arbeiten von Ernst Pitz<sup>16</sup> und Peter Moraw<sup>17</sup> hervorgehoben.

### Der deutsche König – die niederdeutschen Reichsstädte

Zur Bedeutung der niederdeutschen Reichsstädte für das Reich bzw. der Einzelstadt für den Kaiser wurde verallgemeinernd die Meinung geäußert: „Wenn die Kaiser in Norddeutschland in Erscheinung traten, dann mehr in der Rolle von Stadtherren der Reichsstädte denn in ihrer Eigenschaft als

---

Gruppensolidarität vor anderen Wertungssystemen hatte, wieweit sie sich vor individuellen oder vorjuristischen Beurteilungsweisen Geltung verschaffte, aber geht aus spektakulären Rechtsfällen hervor.“

<sup>12</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4).

<sup>13</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 57: „Seit etwa 1470 vollzogen sich im Reichsgefüge ganz plötzlich rapide Veränderungen, zwar nicht den Forderungen modernen Staatsinteresses zuliebe, aber der Sache nach ungefähr in dieser Richtung. Dies geschah unter dreifachem Druck, infolge einer mehrseitigen militärischen Bedrohung, wegen des Aufstiegs einer der bisher etwa gleichstarken rivalisierenden Großdynastien zu unerhörter Macht und infolge des Durchbruchs langfristiger modernisierender Basisprozesse an die Oberfläche des Geschehens. Erheblich mehr und zwar am Ende dualistische, das heißt zwischen Kaiser und Ständen ausgekämpfte Staatlichkeit stellte sich im Reich ein. An die Stelle zumeist unkanalierter Politik traten mehr verfasste Politik und politische Verfahren, also mehr Institutionalisierung. Die Frage nach dem Dualismus zwischen Kaiser und Ständen wurde von nun an die entscheidende, ihr musste sich auch das Hanseproblem anbequemen.“; dazu auch: Peter MORAW, Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250 bis 1490 (Propyläen Geschichte Deutschlands. Bd. 3), Berlin 1985, S. 389ff.; Heinz ANGERMEIER, Die Reichsreform 1410–1555. Die Staatsproblematik in Deutschland zwischen Mittelalter und Gegenwart, München 1984.

<sup>14</sup> Die beiden Nürnberger Tage 1466 und 1467 markierten den Beginn einer Wende, die in der Forschung mit 1471 als besonderem Initialjahr für eine „Beschleunigungsphase“ der „Reichsverdichtung“ in Verbindung gebracht wurde. Vgl. ANGERMEIER, Die Reichsreform (wie Anm. 13); HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28: „Dabei erhielt das Jahr 1471, als Kaiser Friedrich III. zum Großen Christentag von Regensburg und damit erstmals seit 1444 wieder ins Reich kam, das Signum eines verfassungsgeschichtlichen Epochenjahrs.“

<sup>15</sup> FRIEDLAND, Die Hanse (wie Anm. 11), S. 157: „Eine der gefährlichsten Krisen der hansischen Geschichte, Kölns (und nur weniger anderer, kleinerer Städte) Abfall von der Hanse 1469 (Krieg mit England; Ausschluss Kölns 1471), ...“

<sup>16</sup> Besonders: Ernst PITZ, Bürgereinung und Städteeinung. Studien zur Verfassungsgeschichte der Hansestädte und der deutschen Hanse (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte. N.F. Bd. 52), Köln 2001.

<sup>17</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8).



Herrscher.“<sup>18</sup>, an anderer Stelle differenzierter: Die konkrete Ausgestaltung und Intensität der Beziehungen zwischen dem König und einzelnen Reichsstädten sei zu verschiedenen Zeiten hinsichtlich einzelner Städte in unterschiedlicher Weise realisiert worden.<sup>19</sup> Die Unterscheidung nach königsnahen, -offenen und -fernen Landschaften – und folglich die Definition des hansischen Niederdeutschland als königsfern – erscheine nur bedingt anwendbar, denn das differenzierte Netz stadtbezogener Maßnahmen habe sich über jede Stadt unterschiedlich erstreckt.<sup>20</sup>

Die Reichsstadt Lübeck, exponiert durch die geographische Schlüsselstellung, in den Matrikeln als überragend mächtig ausgewiesen und politisch bedeutend als Haupt der Hanse, musste sich z. B. unter Sigmund ständiger Bemühungen des Königs erfreuen, besonders um die militärischen Möglichkeiten der Seestädte seiner Politik nutzbar zu machen. Dieser Stellung entsprechend hatte Lübeck mehr Verbindungen zu König und Reich als die Reichsstädte Dortmund und Goslar.<sup>21</sup>

<sup>18</sup> DOLLINGER, Die Hanse (wie Anm. 7), S. 151; differenzierter Peter MORAW, Nord und Süd in der Umgebung des deutschen Königtums im späten Mittelalter, in: Nord und Süd in der deutschen Geschichte des Mittelalters, hg. von Werner PARAVICINI, Sigmaringen 1990, S. 51–70; Horst WERNICKE, 1348 – Karl IV., Pommern und Mecklenburg – Reichspolitik und Nachbarschaft im Konflikt, in: Agrargeschichte 23, 1990, S. 30–35; Elfie-Marita EIBL, Mecklenburg und das Reich am Ausgang des Mittelalters, in: Mecklenburgische Jahrbücher 121, 2006, S. 35–67.

<sup>19</sup> ISENMANN, Die deutsche Stadt (wie Anm. 1), S. 116: „Mit der Benennung der allgemeinen verfassungs- und finanzgeschichtlichen Grundelemente des Verhältnisses zwischen dem königlichen Stadtherrn und der Reichsstadt ist noch nichts über die konkrete Ausgestaltung und Intensität der beiderseitigen Beziehungen ausgesagt. Es zeigt sich sehr rasch, dass diese Beziehungen zu verschiedenen Zeiten hinsichtlich einzelner Städte in unterschiedlicher Weise realisiert wurden. ... Der Grad der Intensität der Beziehungen zwischen König und Reichsstadt wurde durch die Finanzkraft der Stadt und ihre geographisch-politische Lage bestimmt“; Paul Joachim HEINIG, Reichsstädte, Freie Städte und Königtum. 1389–1450, Wiesbaden 1983, S. 52f.: „Man wird eine Stadt und ihren Status jeweils für jeden Zeitpunkt konkret beschreiben müssen, um sie als Reichsstadt zu kennzeichnen, und wird dazu gelangen, dem Begriff durch Attribute jeweils präzierte Inhalte zu geben. Die Königszugehörigkeit oder die ‚Reichs‘zugehörigkeit einer Stadt konnte variieren, ... Dabei wird man wie bei der Freien Stadt nicht allein Rechtsinhalte analysieren, sondern nach dem gesamten Verhältnis einer Stadt gegenüber dem König in bestimmten Zeiträumen fragen. Ebenso wie der Begriff ‚Freie Stadt‘ sollte auch der der ‚Reichsstadt‘ demnach nicht ein für allemal entsprechend eines erreichten Rechtszustandes fixiert gebraucht, sondern jeweils konkret quantitativ aufgefüllt werden.“

<sup>20</sup> So FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 229: „Das rechtliche Kriterium war eben kein unterscheidendes.“ Lege man Kriterien der wirtschaftlichen und politischen Stärke zugrunde, so falle es leichter, verschiedene Städtegruppen zu bilden: Je bedeutender (in jeder Beziehung) eine Stadt war, um so mehr habe sie im Mittelpunkt des Interesses gestanden, um so mehr sei es ihr gelungen, königliche Maßnahmen zum eigenen Vorteil zu erwirken, um so dichter sei das Netz der Beziehungen gewesen.

<sup>21</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 81–102, bes. auch S. 216f.: „Im politischen Geflecht des Nordens, zwischen Kalmarer Union, Schleswigfrage und dem Aufstieg der Zollern in der Kurmark, nahm Lübeck eine so wesentliche Position ein, dass Sigmund einfach gezwungen war, diese Stadt für seine Pläne zu nutzen.“

Dortmund fiel als Reichsoberhof in Westfalen, dessen Wurzel das königliche Pfalzgericht war, eine Sonderstellung zu. Die Stadt aber war seit dem 13. Jahrhundert wiederholt an den Erzbischof von Köln verpfändet worden. Trotz der Errichtung einer königlichen Münzstätte und der Einbeziehung in Angelegenheiten des Femegerichts zeigte sich gegenüber dem König seit den 30er Jahren des 15. Jahrhunderts eine zunehmende Entfremdung.<sup>22</sup>

Die königliche Pfalz in Goslar wurde für die Stadt zum Gerichtsort, der seit der Erteilung des königlichen Nonevokationsprivilegs den gefährlichen Gang zu fremden Gerichten unnötig machte.<sup>23</sup> Goslar aber hatte sowohl zum Reich<sup>24</sup> wie zur Hanse<sup>25</sup> nur geringe Kontakte. Bereits 1390 war in einer Bestätigung der Rechte Goslars durch König Wenzel von der ungünstigen verkehrsgeographischen Lage (*das die stat Gosler gelegen ist vor dem Hartze, das keine kopstrasse zuenget*), dem Niedergang des Bergwerks (*das lange czeit her vorwustet ist*) und der Armut der Stadt (*rate und burgere der stat zu Gosler zu grossem armute gekommen sein und drengnusse*) die Rede. Der König war, wie der Goslarer Rat 1428 klagte, leider so fern (*dat wij alle tid bevedet sin unde vele anlage liden unde moege an schinden unde roven unvorschuldes dinges, des dat nene heren unde beschuttinge hebben wen alse van dem hilgen rike unde unsem allernedigesten heren dem Romesschen konnigh, dem wij leider to verne sin. Ok en is mit uns nein handelinge der kopenschat noch van straten de dartho gan unde wanderinge darvan sek stede behelpen, sunder gebuwet uppe berchwerk, dat leider gans vorvallen unde vorgan is ...*). Die Ratsherren sahen sich damals nicht in der Lage, eine Gesandtschaft nach Nürnberg zu schicken (*... wenne dat es uns veide armot unde unmacht benemet*). 1443 und 1446 richteten sie die gleichen Klagen über ihren Notstand

---

<sup>22</sup> Luise VON WINTERFELD, Geschichte der freien Reichs- und Hansestadt Dortmund, 4., erweiterte Aufl., Dortmund 1963; FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 51–67.

<sup>23</sup> Thomas ZOTZ, Goslar – Silberbergbau und frühe Pfalz, in: Bernward von Hildesheim und das Zeitalter der Ottonen. Katalog der Ausstellung Hildesheim 1993, hg. von Michael BRANDT, Bd. 1, Hildesheim 1993, S. 241–247; Bernd SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“. Sächsische Städte und das Reich im Spätmittelalter, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, hg. von Matthias PUHLE (Magdeburger Museumsschriften, Nr. 4, Bd. 1: Aufsätze), Magdeburg 1996, bes. S. 49; DOLLINGER, Die Hanse (wie Anm. 7), S. 31.

<sup>24</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 76: „Goslar wurde 1422 und 1431 in den Reichsmatrikeln aufgeführt, allerdings mit einem sehr geringen Kontingent, das bezeichnend die wirtschaftliche Situation in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts widerspiegelte.“ Ebd. S. 81: „Die Verhältnisse ließen eine Beteiligung an der Reichspolitik ebenso wenig zu, wie umgekehrt der König an Goslar kein Interesse entwickeln wollte.“

<sup>25</sup> Evamaria ENGEL, Goslar und die Hanse, in: Goslar im Mittelalter. Vorträge beim Geschichtsverein, hg. von Hansgeorg ENGELKE, Bielefeld 2003, S. 215–228, bes. S. 226.

an Friedrich III.<sup>26</sup> Die peripheren Reichsstädte Goslar, Mühlhausen und Nordhausen wurden bei Steuer- und Abgabeforderungen des Hofes zunehmend als Gruppe erfasst.<sup>27</sup>

Köln kann seit der Schlacht bei Worringen (1288), mit der Köln den erzbischöflichen Versuch einer Intensivierung der Stadtherrschaft abwehren konnte, als Freie Stadt gelten<sup>28</sup>, doch „Reichsnähe qua Königspräsenz in Köln, also auf der Basis der Itinerare, ergibt sich kaum; schon wegen der nordwestlichen Randlage Kölns gegenüber den auf Süden und Südosten konzentrierten königsnahen und Hausmachtterritorien der spätmittelalterlichen Herrscher erhielt die Stadt keine führende Bedeutung in deren Regierungshandeln. Es war relativ ‚königsfern‘.“<sup>29</sup>

Köln aber sollte die Stadt sein, die in den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts die Folgen der intensivierten Herrscherkommunikation wohl mehr als jede andere spürte. Schon von 1440 an sind bis 1474 etwa fünfzig Prozesse aus Köln vor dem Kammergericht geführt worden.<sup>30</sup> Allein zwischen 1471 und 1474 sind etwa 70 Kölner Bürger und Familien im urkundlichen Kontakt zum Kaiser bezeugt.<sup>31</sup> Der Jahresdurchschnitt von ca. 15–20 erhaltenen kaiserlichen Schreiben an Köln sprang 1474 auf 52, 1475 gar auf 138 (um 1476 rasch wieder auf 26 abzufallen). Die Kölner Ratsprotokolle zeigen eine ähnliche Tendenz; sie enthalten 1473: 2 Nummern mit kaiserlichen Betreffen, 1474: 5, 1475: 44 (1476: 1).<sup>32</sup>

Die Belagerung der Stadt Neuss begann am 29. Juli 1474. Herzog Karl dem Kühnen von Burgund gelang es, die Stadt völlig einzukreisen. Köln organisierte nicht nur die eigene Verteidigung, sondern initiierte und koordinierte zahlreiche Hilfsmaßnahmen für das bedrängte Neuss. Die Kölner wurden mit umfangreichen Privilegienverleihungen durch den Kaiser für ihr außerordentliches Engagement belohnt. Die Krönung stellte das Reichsstadtprivileg vom 19. September 1475 dar. Der Kaiser suchte – nach dem isoliert gebliebenen Krönungsbesuch 1442 – die Stadt in sei-

<sup>26</sup> Urkundenbuch der Stadt Goslar und der in und bei Goslar gelegenen geistlichen Stiftungen, Bd. 5 (1366–1400), bearb. von Georg BODE und Uvo HÖLSCHER (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete. Bd. 45), Halle 1922, Nr. 823, S. 386; RTA (wie Anm. 2) unter Kaiser Sigmund, Ältere Reihe/3. Abt. (1427–1431), Bd. 9, hg. von Dietrich KERLER, Gotha 1887/2. Aufl.: Göttingen 1956, Nr. 158, S. 195f.; vgl. dazu F. BITTER, Der Handel Goslars im Mittelalter, Göttingen 1940, S. 77, und ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 226.

<sup>27</sup> Bernd SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“ (wie Anm. 23), S. 49.

<sup>28</sup> Leonhard ENNEN, Geschichte der Stadt Köln, 5 Bde., Köln 1863–1885.

<sup>29</sup> HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28; ebenda S. 21.

<sup>30</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 67: „Sie wurden gegen ein älteres System regionaler Gerichtsinstanzen durchgesetzt.“

<sup>31</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 67.

<sup>32</sup> HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28, einschl. Anm. 99.

nen letzten beiden Regierungsjahrzehnten auch persönlich viel häufiger auf.<sup>33</sup>

„Reichsstadt“ und „Freie Stadt“ erweisen sich also als Fächer unterschiedlicher und sich wandelnder Möglichkeiten, als Anspruch und Ergebnis von Erfolgen oder Misserfolgen von Fall zu Fall, nicht aber als juristisches Ordnungsschema ein für alle Mal.“<sup>34</sup> Aber auch in den Bindungen der Städte an König und Reich ist nicht von einer Egalität aller niederdeutschen Reichsstädte einschließlich der Freien Stadt Köln auszugehen.

Dortmund versuchte, zwischen dem Erzbischof, dem Herzog von Kleve und dem Grafen von der Mark seine Bewegungsfreiheit zu bewahren.<sup>35</sup> Goslar stand in enger Verbindung zur Städtegruppe Erfurt, Nordhausen und Mühlhausen,<sup>36</sup> sodass in Schreiben der Reichskanzlei die beiden letzteren mit Goslar gemeinsam aufgeführt wurden.<sup>37</sup> Diese Verbindung resultierte zwar eindeutig aus dem königsunmittelbaren Charakter, der aber ansonsten gegenüber einer Orientierung auf die regionalen, kleinräumigen Verhältnisse zurückgetreten war.<sup>38</sup>

Köln ist schon im 14. Jahrhundert (1317 auf einem Hoftag in Bacharach wie auch auf dem Frankfurter Tag 1397), im 15. Jahrhundert, bis einschließlich 1470, aber von 55 stattgefundenen Reichsversammlungen auf 31 sicher und auf zwei weiteren vermutlich als Teilnehmer durch Gesandte nachweisbar.<sup>39</sup> Doch blieben die Erzbischöfe im Besitz des Hochgerichts,

---

<sup>33</sup> HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28; zur etappenweisen rechtlichen Festigung der Reichsbindungen VON DEN BRINKEN, Köln 1472 (wie Anm. 9); Brigitte Maria WÜBBEKE, Der Neusser Krieg: Zwei Schreiben Kölns an Straßburg, 29. August 1474 und 25. Februar 1475, in: Quellen zur Geschichte der Stadt Köln, Bd. II: Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit (1396–1794), hg. von Joachim DEETERS und Johannes HELMRATH, Köln 1966, S. 119–128.

<sup>34</sup> HEINIG, Reichsstädte (wie Anm. 19), S. 364; dazu S. 353: Das spätmittelalterliche Reich und seine Verfassung sei als „ein durch verschiedene, aufeinander bezogene Handlungssysteme geprägtes und zu beschreibendes vormodernes Gemeinwesen“ zu begreifen.

<sup>35</sup> VON WINTERFELD, Geschichte (wie Anm. 22); FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 51–67.

<sup>36</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 67–81, bes. S. 68: „Kaiser Sigmund gab am 17. März 1415 die Anweisung, dass Goslar zusammen mit Mühlhausen und Nordhausen den Huldigungseid in die Hände des Provisors von Erfurt ablegen solle.“ Der Frankfurter Tag von November/Dezember 1427 beschloss eine im ganzen Reich einzuziehende Hussitensteuer. Goslar teilte mit, man habe das Geld eingesammelt und wolle nun mit den benachbarten Reichsstädten, Nordhausen und Mühlhausen, bereden, wie man es nach Nürnberg senden werde. – RTA (wie Anm. 26) IX, Nr. 59, S. 71f., Nr. 71–78, S. 85–112, Nr. 141, S. 178, Nr. 142, S. 178–180, Nr. 158, S. 195f.

<sup>37</sup> Franziska WEISSENBORN, Mühlhausen i. Th. und das Reich, Breslau 1911; Gerhard GÜNTHER, Zur Rechtsgeschichte der Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen, in: Mühlhäuser Beiträge 30, 2007, S. 182–187.

<sup>38</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 81.

<sup>39</sup> Johannes HELMRATH, Sitz und Geschichte. Köln im Rangstreit mit Aachen auf den

und Köln huldigte ihnen jedes Mal. 1461 erklärte es sich dennoch für eine seit vielen hundert Jahren freie Reichsstadt. Die Landesvereinigung 1463 beschwor es nicht, wie die anderen Städte des Erzstifts, weil es keine erzbischöfliche, sondern eine Reichsstadt sei.<sup>40</sup> Die Freie Stadt Köln besaß jedoch kaum oder gar keine lehenträgenden Bürger, erfüllte nur geringe (Pflicht-) Leistungen für den König „und war insgesamt wenig an Handlungszusammenhängen mit ihm interessiert. Auch bei Köln zeigt sich aber ein zeitweiliges Heraustreten aus der Königsferne, ein vermehrtes Interesse an der Zentralgewalt. Dieser Positionswechsel trat am ehesten ein, wenn der Herrscher in der Nähe weilte; gleich der königlichen Anwesenheit blieb dies jedoch Zwischenspiel und verfestigte sich nicht.“<sup>41</sup>

Die Reichsstadt Lübeck hatte 1458 und 1464 den Holländern gegenüber erklärt, dass es selbst und so auch die Hanse keinen Vertrag schließen könne, durch den die Autorität und Jurisdiktion der Kaiser beschränkt werde, dass es diesen unter allen Umständen in erster Linie Gehorsam schuldig sei, *de dan zien heren van der werlde*. Im August 1470 wies Lübeck seinen Syndikus, Dr. Johannes Osthusen, der sich am kaiserlichen Hof befand, an, die Stadt auf dem Reichstag zu vertreten. Lübeck werde sich in den Beschlüssen *gelick anderen erliken staden gerne geborliken hebben*.<sup>42</sup> Unter dem Eindruck der Hussiten- und Türkenbedrohung hatte das Reich begonnen, sich neu zu formieren. Die beiden Nürnberger Tage 1466 und 1467 markieren den Beginn einer Wende.

---

Reichstagen des 15. Jahrhunderts, in: Köln. Stadt und Bistum in Kirche und Reich des Mittelalters. Festschrift für Odilo Engels zum 65. Geburtstag, hg. von Hanna VOLLRATH und Stefan WEINFURTER, Köln 1993, S. 719–760, bes. S. 758; HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), Tabelle S. 31f.

<sup>40</sup> HR II, 5, 125 und 126; dazu DAENELL, Die Blütezeit (wie Anm. 5), S. 454f.; Robert GIEL, Politische Öffentlichkeit im spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Köln (1450–1550) (Berliner Historische Studien, Bd. 29), Berlin 1998.

<sup>41</sup> HEINIG, Reichsstädte (wie Anm. 17), S. 365.

<sup>42</sup> HR II, 5, 69 § 4; HUB 9, 72; DAENELL, Die Blütezeit (wie Anm. 7), S. 452ff.; Städtische Korrespondenzen zum Reichstag zu Nürnberg 1470 September 8: in: RTA (wie Anm. 26) unter Kaiser Friedrich III., 8. Abt., Bd. 22, erste Hälfte (1468–1470), hg. von Ingeborg ROST-KOLBE, Göttingen 1973, S. 51, Nr. 79, Anm. 1. – Gerhard NEUMANN, Lübecker Syndici des 15. Jahrhunderts in auswärtigen Diensten der Stadt, in: HGBll. 96, 1978, S. 38–46, bes. S. 42: „Lübeck hat seine Stellung als Reichsstadt und Haupt der Hanse dem Reich gegenüber immer ernst genommen – nicht nur in der pflichtgemäßen Zahlung der Reichsteuer von 750 Mark im Jahr, sondern auch durch den Besuch der Reichstage. Es war im 15. Jahrhundert die einzige norddeutsche Stadt, die dort verhältnismäßig oft vertreten war“; HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5) S. 24: „Die Tatsache der Reichstagsteilnahme bleibt zwar au fond das unanfechtbarste Kriterium von Partizipation, aber es kann vielfach relativiert werden. Vertretung durch andere Städte, Information und Aktenversand durch das enge Kommunikationsnetz der Reichsstädte machten Partizipation auch ohne persönliche Teilnahme eigener Gesandter möglich.“

Herzog Karl der Kühne von Burgund drang in Kölner Gebiet ein und belagerte die Stadt Neuss. Doch der Burgunder scheiterte 1474 vor Neuss, auch am Widerstand der Kölner, die sich durch die freundliche Behandlung in den Jahren zuvor nicht grundsätzlich beeindrucken ließen.<sup>43</sup> Köln aber hatte durch die enormen Zahlungen an Kaiser und Reich, die nur durch Kreditaufnahmen gedeckt wurden, auf Jahrzehnte seine Finanzen ruiniert und schwere innere Unruhen in Kauf genommen (... *hait her Heynrich Suyderman vurscreven begert up die middelwege bedacht zo syn ind anzosen den eirlichen harden vurstant, die stat van Coelne mit groisser swairer cost, bloitsturtzongen ind anderem groissen verderfflichem schaden vur alle Duytschlant die nyeste zwey off drii vurgangen jaire gedain hette ind noch degelichs doin moeste sunder yemantz troist oder hulpe, ind sii des nyet untgelden mar genyessen lassen*).<sup>44</sup> Das Reichsstadtprivileg ließ Köln im Archiv des Rates verschwinden, um nicht zu Zahlungen an das Reich herangezogen zu werden.<sup>45</sup>

Reichs- und Landesstädte instrumentalisieren im Einzelfall ihre Reichsnähe sowohl in ihrem historisch-politischen Bewusstsein als auch in praktischen Beziehungen. Historische Voraussetzungen wie aktuelle Notwendigkeiten banden die Städte – Reichs- und Landesstädte – in die Reichsgeschichte ein und prägten das politische Bewusstsein des Bürgertums, Glied eines größeren Ganzen zu sein<sup>46</sup> (optisch erfahrbar durch Pfal-

<sup>43</sup> Uwe NEDDERMEYER, Der Ausschluss Kölns aus der Hanse: Die Hanserezesse vom 24. August 1470 und 1. April 1471, in: Quellen zur Geschichte der Stadt Köln, Bd. 2: Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit (1396–1794), hg. von Joachim DEETERS und Johannes HELMRATH, Köln 1966, S. 101–117, bes. S. 105.

<sup>44</sup> Versammlung zu Bremen, 1476 Aug. 27 – Sept. 13, in: HR II, 7, 390: Bericht der Kölner Ratssendeboten über die Verhandlungen auf dem Hansetag zu Bremen, 1476 Sept. 2–13, S. 634, § 11; HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28.

<sup>45</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 67; Rolf HAMMEL-KIESOW, Die Hanse, München 2000, S. 12; ISENMANN, Die deutsche Stadt (wie Anm. 1), S. 111; Hans PLANITZ, Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen, Wien u. a. 1973, S. 182f.: „Köln wurde erst 1492 endgültig als Freie Reichsstadt anerkannt“; zu letzterem ISENMANN, Die deutsche Stadt (wie Anm. 1), S. 107: „Auch als im 16. Jahrhundert der Status der Freien Städte dem der Reichsstädte in verschiedener Hinsicht weitgehend angeglichen war, wurde im amtlichen Sprachgebrauch weiterhin genau zwischen Freien Städten und Reichsstädten unterschieden, und die Kollektivbezeichnung ‚Frei- und Reichsstädte‘ gibt diese Differenzierung wieder. Der Ausdruck ‚freie Reichsstadt‘ ist eine Kontamination aus Freie Stadt und Reichsstadt, bei der unter Aufgabe der Unterscheidung die Autonomie, die gelegentlich ideologisierte Freiheit beider Städtegruppen als Angehörige des Reichs im Gegensatz zu der geringeren Autonomie und Dignität der mediaten Territorialstadt herausgestellt wird. Der Ausdruck ‚freie Reichsstadt‘ kommt im Spätmittelalter in der Regel nicht vor.“

<sup>46</sup> SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“ (wie Anm. 23), S. 45; ebd. S. 58: „In den hier behandelten herausragenden Beispielen Goslar, Magdeburg und Braunschweig war das spätmittelalterliche Reich historisch wie aktuell auf sehr unterschiedliche Weise präsent als forderndes, als schützendes, als Gemeinschaft verbürgendes Ganzes, als Grundlage politischer Identität wie als ferne Größe.“

zen, Aufenthalte bei Lebzeiten und Grablegen des Herrschers am Ort, propagiert in städtischer Historiographie<sup>47</sup>). Als z. B. Magdeburg und Braunschweig 1459 die Städte Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben in ihren Städtebund mit Goslar, Halle, Hildesheim, Göttingen, Stendal, Tangermünde, Hannover, Einbeck, Hameln und Northeim aufnahmen, begründeten sie ihr Bündnis als geschlossen dem allmächtigen Gott zum Lob, dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren.<sup>48</sup> Politisch-rechtliche Voraussetzungen und dynamische Entfaltungen, so auf dem Gebiet von Handel und Gewerbe, aber prägten sehr unterschiedliche Verknüpfungen von Stadt und Reich.<sup>49</sup>

Auf den Reichstagen repräsentierten die Städte ihre eigene Stellung und grenzten sich damit voneinander ab. – 1471 hatte der Kaiser, wie gesagt, einen Reichstag nach Regensburg einberufen.<sup>50</sup> Aus dem Reich war nicht nur die Mehrzahl der Fürsten erschienen, sondern es nahmen auch an die 50 Städte teil, darunter die niederdeutschen Reichsstädte Lübeck und Goslar, selbst Mühlhausen und Nordhausen und allen voran die Freie Stadt Köln. Dortmund war ebenfalls eingeladen worden, aber nicht erschienen. Köln wurde vertreten durch Wolter von Bilsen, *doctor decretorum*, Lübeck von Johannes Osthusen, *doctor kaiserlichen rechten*, Nordhausen von *ein doctor und ir stattschreiber*, Goslar durch seinen Ratsboten *herr Johann Bereholdt*, Mühlhausen mit *unser stat protonotarien/maister H. Rewtz*.<sup>51</sup> Die thüringischen Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen hatten eine gemeinsame Reise ihrer Boten vereinbart.<sup>52</sup>

Die Kölner *botschaft* aus insgesamt acht Männern führte acht Pferde mit sich, die von Lübeck, Mühlhausen und Nordhausen bestand jeweils aus drei Männern und ebenso drei Pferden und die von Goslar und Lüneburg aus je zwei Männern und zwei Pferden.<sup>53</sup> Aus der Quartierliste entnehmen wir: Die aus Köln wurden (wie die beiden Gesandten aus Aachen) zu Heinrich Ammann gelegt. Ammann war bereit, außerdem noch 12 Pferde

<sup>47</sup> Hinweise bei Bernd SCHNEIDMÜLLER, *Reichsnähe – Königsferne. Goslar, Braunschweig und das Reich im späten Mittelalter*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 64, 1992, S. 1–52, bes. S. 42–50.

<sup>48</sup> *Urkundenbuch der Stadt Magdeburg*, Bd. 2, bearb. von Gustav HERTEL (*Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete*, Bd. 27) Halle 1892–1896, Nachdruck Aalen 1975–1978, Nr. 783; SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“ (wie Anm. 21), S. 54.

<sup>49</sup> SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“ (wie Anm. 23), S. 46.

<sup>50</sup> RTA unter Kaiser Friedrich III. (1471), 8. Abt., 22. Bd., 2. Hälfte, hg. von Helmut WOLFF, Göttingen 1999.

<sup>51</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 309ff., Nr. 91 und 92, bes. S. 314ff., S. 347ff., Nr. 99, bes. S. 354; S. 511ff.; Nr. 110, bes. S. 547.

<sup>52</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 346, Nr. 99, bes. S. 354.

<sup>53</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 511ff., Nr. 110, bes. S. 547f.



aus dem kaiserlichen Gefolge einzustellen. Die Gesandten aus Lübeck, Mühlhausen, Nordhausen und Lüneburg aber wurden (ebenso wie die aus Konstanz, Gengenbach, Ravensburg, Rothenburg ob der Tauber, Überlingen, Lindau und anderen oberdeutschen Städten) zur Labrerin geschickt, die aus Goslar (wie die aus Wetzlar) zu Ulrich Engelberger.<sup>54</sup>

Unter den reichsstädtischen Boten, die dem Kaiser entgegenritten, befand sich der von Lübeck.<sup>55</sup> Der Kölner Gesandte, Wolter von Bilsen, erreichte Regensburg, wenngleich im Gefolge des Erzbischofs von Trier, so doch erst acht Tage vor dem Kaiser.<sup>56</sup> Dafür berichtet von Bilsen am 19. Juli an Köln: *Ich hayn vast groisen vliß gedoen, um alleyn zo spreken myt unserm gnedichsten herren den keyser yn uren ind urre burgern saichen*; er war dem Kaiser zu diesem Zweck spät in der Nacht des 4. Juli 1471 bis in dessen Schlafkammer gefolgt.<sup>57</sup>

Quantitatives (Größe, Reichtum, ‚Macht‘) ging mit wägbar oder unwägbar Qualitativem (Recht/Ansehen, Tradition) eine Verbindung ein. Die Sitzordnung<sup>58</sup> spiegelte den Rang der Städte wider.<sup>59</sup> Gerade die Sitzord-

<sup>54</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 553, Nr. 110 e), bes. S. 510 und 565f.; vgl. dazu: Anna-Dorothea VON DEN BRINCKEN, Köln 1475 (wie Anm. 9), S. 84: Reichstag, 5. Juni 1505 in Köln, Kölner Quartierliste.

<sup>55</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 435ff., Nr. 107, bes. S. 441; Stefanie RÜTHER, Strategien der Erinnerung. Zur Repräsentation der Lübecker Ratsherren, in: Gemeinschaft und Geschichtsbilder im Hanseraum, hg. von Thomas HILL und Dietrich W. POECK (Kieler Werkstücke E/1), Frankfurt (Main) 2000, S. 123–144.

<sup>56</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 354ff., Nr. 99, bes. S. 355.

<sup>57</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 711ff., Nr. 114, bes. S. 712: ... *also des neysten donredachs na unser lieven vrouwen dach ... [1471 Juli 4], as die kurfurste ind furste van synre keyserliche gnaden orlouff genoemen hadden ind syn gnade yn syn slaiffkamere gegangen was, byn ich daryn komen zere spaide yn der naicht ind hayn van uren saichen myt synre gnaden gesproichen ind zo mynen willen ure gebreich vurbraicht in der saichen des hoengerichts van den vryheiden, da up durch gebruch der regalien gegeven ind verleent ...*; André KRISCHER, Das diplomatische Zeremoniell der Reichsstädte: oder: was heißt Stadtfreiheit in der Fürstengesellschaft?, in: HZ 284, 2007, S. 1–30.

<sup>58</sup> HELMRATH, Sitz und Geschichte (wie Anm. 39), S. 760; ebd. S. 724f.: „Nach welchen Kriterien aber genau die – mittelalterlichem *ordo*-Denken ohnehin selbstverständliche – Hierarchie bei den Städten zustande kam, ist nur allgemein zu bestimmen: Demzufolge war rechts besser als links, vorn besser als hinten. Die Gründe, Beharrungskräfte des Herkommens, entziehen sich unserer Kenntnis. Eine objektive Stimmfolge, die sich etwa nach dem jährlichen Steueraufkommen stets neu hätte modifizieren lassen, gab es selbstverständlich nicht“; ebd. S. 754: „Auf den Städtetagen ist 1481 erstmals eine ‚linke‘ und ‚rechte‘ Bank, 1496 die Bezeichnung ‚rheinische‘ und ‚schwäbische Bank‘ nachweisbar“; Georg SCHMIDT, Der Städtetag in der Reichsverfassung. Eine Untersuchung zur korporativen Politik der Freien und Reichsstädte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Bd. 113, Nr. 5), Stuttgart 1984, S. 76.

<sup>59</sup> HELMRATH, Sitz und Geschichte (wie Anm. 39), S. 723: „Ein Selbstverständnis hat man. Aber artikuliert wird es oft erst dann, wenn Selbstdarstellung gefordert ist. Ein Rangstreit setzt diesen Fall. Die Sitzordnung einer Versammlung, z. B. eines Konzils, Reichs- oder Städtetags, beruht immer auf einem nur temporären Konsens. Ein Sessionsstreit ist daher



nung bot deshalb immer wieder einen Konfliktstoff; kaum eine Versammlung verging, ohne dass nicht zumindest die Gesandten einer Kommune protestierten, weil sie sich zu weit nach hinten versetzt wähnten.<sup>60</sup> Als Kaiser Friedrich III. den Regensburger Reichstag einberief, ließ er am 28. Juni 1471 einen offenen Brief folgenden Inhalts an die Tür des Rathauses anschlagen: ... *ob iemant der itzo zu dem tage erscheinen in seinen sitzen anders geordent und gesetzt wurde dann von altem herkommen ist und sich geburet, dan solchs niemants an seinen freiheiten rechten und alten herkommen einicherlei abbruch hindernis schaden oder vorteil bringen solle, sunder an alles geverde.*<sup>61</sup>

In Regensburg war zum 17. Juli 1471 notiert worden: ... *wie die nacheinander gesessen und nacheinander durch den stattschreiber zu Regenspurg gefragt worden sind, also steen die nacheinander geschriben, nemlich und bei dem ersten: Köln ... Lubeck ... von ir selbs ... Mulhaussen in Sachsen Northaussen Gosslar von ir selbs und mit gewalte der von Braunschweigk Hildessheim Göttingen Einbek Hanover und*

---

Ausdruck einer unklaren bzw. akut verunklärten Hierarchie. Echte Kontrahenten sind potentiell gleich. ... Daher muss die qua Prioritätsanspruch behauptete graduelle Ungleichheit der Gleichen genau bewiesen werden, und zwar verbal, durch Zerlegung in Argumente. Selbstlob ist da normal, Geschichtskennntnis Trumpf. Dabei drängt der Beweiszwang vor den Standesgenossen zum überzeugenden Bekenntnis eines schon ‚vorhandenen‘ Selbstbewusstseins ebenso, wie er dieses zu reflektieren und – in des Wortes doppelter Bedeutung – zu begründen hilft.“ NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43), S. 102.

<sup>60</sup> Auf dem Regensburger Reichstag des Jahres 1454 war es z. B. zu einem Eklat zwischen Köln und Aachen gekommen. Aachen hatte zunächst den ersten Platz eingenommen. In der folgenden Sitzung protestierten die Kölner Gesandten. Die Aachener sprachen dagegen. Aber die anderen Städte gaben Köln recht: Es darf vor Aachen sitzen. Man einigte sich, dass zuerst ein Kölner, dann die beiden Aachener und danach wieder ein Kölner Delegierter sitzen solle. Auf der Basis dieses Kompromisses konnte Köln seinen ersten Platz behaupten. – Johannes HELMRATH, Kölner Geschichtsbewusstsein: Der Rangstreit mit Aachen nach einem Bericht des Humanisten Enea Silvio Piccolomini, 1454, in: Quellen zur Geschichte der Stadt Köln, Bd. II, hg. von Joachim DEETERS und Johannes HELMRATH, Köln 1996, S. 101–117, bes. S. 84–90; SCHMIDT, Der Städtetag (wie Anm. 58), S. 76: „Auf den kaiserlichen oder gemeinen Tagen der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts rangierten die Freistädte vor den Reichsstädten. Später scheinen weniger der verfassungsrechtliche Status als vielmehr das politische Gewicht und die traditionellen Verbindungen zwischen den einzelnen Städten für diese Reihenfolge ausschlaggebend gewesen zu sein“; ebenda S. 86 der Hinweis, dass Köln auch im Abschied des ersten allgemeinen Städtetages 1471 vor Aachen genannt wurde.

<sup>61</sup> RTA (wie Anm. 50), Bd. 22,2, S. 607ff., bes. S. 614, Nr. 111 [11]: *Item der keiser hat einen offen brieve an die ture uf dem rathause lassen anslagen, der unter anderm inhielt, ...* Auf dem Augsburger Reichstag 1474 wurde in einer Sitz- und Stimmordnung die Einteilung in zwei Bänke festgelegt. Das bedeutete, dass man den traditionell in regionaler Trennung tagenden schwäbisch/fränkischen Städten einerseits und den elsässisch/rheinisch/niederer Städten andererseits je eine Bank im gleichen Raum zuwies. Alle nördlich des Mains gelegenen „niederländischen“, zum Teil hansischen Städte (Köln, Aachen, Dortmund, Lübeck, Goslar, Nordhausen und Mühlhausen) saßen danach mit auf der rheinischen Bank. Vgl. dazu: HELMRATH, Sitz und Geschichte (wie Anm. 39), S. 760 und 754f.; HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 11.

*Hameln*, ...<sup>62</sup> Kölns Gesandter, Dr. decretorum Walter von Bilsen, hatte sich, wenngleich erst nach halbtägigem Disput, gegen den Vorsitzanspruch des Lübecker Syndikus Osthusen durchgesetzt.<sup>63</sup>

Zwischen dem 13. und 18. Juli wurde ein Anschlag über 10.000 Mann für ein Heer zum Feldzug gegen die Türken ausgehandelt. Köln sollte 20 Mann zu Ross und 40 Mann zu Fuß aufstellen, Lübeck 18 zu Ross und 36 zu Fuß, Mühlhausen und Nordhausen jeweils 6 zu Ross und 12 zu Fuß, Dortmund 4 zu Ross und 8 zu Fuß; Goslar wurde offenbar verschont, dagegen Braunschweig mit 16 Reitern und 32 Mann zu Fuß beinahe so hoch angesetzt wie Lübeck.<sup>64</sup> Als im Frühjahr 1472 Kaiser Friedrich III. die Zahlung der Reichssteuer zur Bekämpfung der Türken, die ihm der Reichstag gegen den Widerstand der Städte bewilligt hatte, auch von den niederdeutschen Städten forderte, erhielt er ablehnende Antworten. Der sächsische Städtebund und Lübeck, dazu Hamburg und die anderen wendischen Städte erklärten, sich im Falle einer Reichsheerfahrt gegen die Türken nach dem Beispiel der oberdeutschen Städte richten zu wollen, vor allem aber auf ihre Landesherrn Rücksicht nehmen zu müssen.<sup>65</sup>

Im Reichskrieg gegen Burgund kamen dem Kaiser zu Hilfe außer den Reichsstädten Lübeck, Nordhausen und Mühlhausen die Städte Lüneburg, Bremen, Braunschweig, Magdeburg, Halberstadt, Halle, Aschersleben und Quedlinburg *unde vele ander stede*.<sup>66</sup> Von Wien aus befahl Kaiser Friedrich III. am 7. Januar 1476 Bürgermeistern und Räten der Stadt Lübeck und anderen Hansestädten an der See (*Dem ersame(n) und unser und des reichs lieben getrewe, burgermeistern und reten der stat Lubeck unde ander unnser und des reichs henn stette an der zee*), den Frieden einzuhalten, der von dem päpstlichen Legaten Bischof Alexander von Forli

---

<sup>62</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 593ff., Nr. 111, bes. S. 630ff.; vgl. dazu auch die Auszüge aus den Stadtrechnungen über Ausgaben von Braunschweig für den von Hildesheim *tor reyse to Regensborch* und von Göttingen *to unsem deile der theringe unde soldie, so her Johan Borcholte, der von Hildensem sindicus, von der erliken stede unde unser wegin tome kaiser to Rynsborch geschicket was*, in: HR II, 6, 460 und 462, 430.

<sup>63</sup> HR II, 6, 533; HELMRATH, Sitz und Geschichte (wie Anm. 39), S. 758, einschl. Anm. 131.

<sup>64</sup> RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 798ff., Nr. 121, bes. S. 805f.

<sup>65</sup> HR II, 6, 460 § 15; 462 § 13; 533 einschl. Anm. 2, 4; 568 § 14; 569 § 4; 570 § 3; 580. – DAENELL, Die Blütezeit (wie Anm. 7), S. 461f.: „Übrigens waren die Hansestädte gerade stark in Anspruch genommen durch die Hildesheimer Stiftsfehde und durch ihren Krieg gegen England.“

<sup>66</sup> HR II, 7, S. 457; HR II, 7, S. 437, Anm. 1 mit Verweis auf Göttinger Stadtrechnungen (1473/74 und 1474/75); DAENELL, Die Blütezeit (wie Anm. 7), S. 462: „Auch im Westen hätte die Hanse schwerlich dem rastlosen Fortschreiten der burgundischen Macht gegen den Rhein hin gewehrt, wären nicht durch eine merkwürdige Verkettung der Umstände Kaiser, Fürsten und Stände zusammengeführt worden, um gemeinsam die Eroberungslust Karls des Kühnen vom Erzstift Köln zurückzuweisen.“

zwischen ihm, dem Reich und dem Haus Österreich sowie dem Herzog (Karl) von Burgund vermittelt worden sei, und dies in ihrer jeweiligen Stadt entsprechend zu verkünden.<sup>67</sup>

Städte wie Hamburg, Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Erfurt, Magdeburg, Wismar oder Rostock, die nicht wie Lübeck, Goslar und Dortmund Reichsstädte waren, ließen sich zwar nicht in den Bezugsrahmen des Territoriums einfügen, sondern konnten eine außerordentliche Selbständigkeit beanspruchen. Der Durchbruch durch das Territorium hin zum Reich gelang aber nicht, ist wohl auch nicht sehr ernstlich erstrebt worden.<sup>68</sup> Bremen zum Beispiel bewegte sich zwischen dem bischöflichen Stadtherrn und dem Reich, kam im 15. Jahrhundert manchmal Ladungen zum Reichstag nach und leistete im Einzelfall (1474/75) Reichshilfe, ohne jedoch eindeutig nach einer gefestigten Reichsstandschaft zu streben, die eine kontinuierliche Übernahme von finanziellen Lasten bedeutet hätte.<sup>69</sup>

Im Norden Deutschlands blieben die einzelnen Freien und Reichsstädte und dazu noch eine Reihe quasiautonomer Städte („Autonomiestädte“) in ihrer großen Mehrheit unabhängige politische Gebilde.<sup>70</sup> In der Literatur wird unter Bezugnahme z. B. auf Braunschweig und Lüneburg von „Quasi-Freistädten“ oder auch „Quasi-Reichsstädten“ gesprochen.<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440–1493), hg. von Heinrich KOLLER u. a., Heft 20, bearb. von Elfie-Marita EIBL (Regesta Imperii), Wien 2004, S. 175, Nr. 245 (1476 Januar 7).

<sup>68</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 16f.; ebd. S. 216: „Auch versuchte in diesem Zeitabschnitt keine der sog. Landstädte, eine ‚Reichsunmittelbarkeit‘ anzustreben.“

<sup>69</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 57: „Allein Hamburg und Bremen wurden im 18. Jahrhundert Reichsstädte aufgrund besonderer Konstellationen“; ISENMANN, Die deutsche Stadt (wie Anm. 1), S. 108.

<sup>70</sup> Heinz SCHILLING, Die Stadt in der Frühen Neuzeit, München 1993, S. 38–49, bes. S. 40.

<sup>71</sup> Peter MORAW, Reichsstadt, Reich und Königtum im späten Mittelalter, in: Zeitschrift für historische Forschung 6, 1979, S. 385–424, bes. S. 413 und 415; vgl. dazu schon Ahasver VON BRANDT, Die Stadt des späten Mittelalters im hansischen Raum, in: HGBll. 96, 1978, S. 1–14, bes. S. 4f.: „Wir müssen dagegen kurz hinweisen auch auf die politische Unterscheidung zwischen den sechs Frei- und Reichsstädten des spätmittelalterlichen Hanseraums einerseits, andererseits den mehr als hundert übrigen Hansestädten, die alle in irgendeiner Bindung, sei sie auch nur formalrechtlicher Natur, an Stadtherren und werdende Territorien stehen. Sicher ist nun freilich, dass der Unterschied zwischen diesen beiden Städtetypen im hansischen Raum nicht entfernt die Bedeutung hat wie im oberdeutschen – teils einfach deswegen, weil die Zahl der hansischen Reichsstädte so außerordentlich gering ist, dass sie für das niederdeutsche Städtewesen schlechterdings nicht repräsentativ sind, teils aber auch und vor allem, weil das norddeutsche Städtesystem als Ganzes einen so enormen organisatorischen und administrativen, wirtschaftlichen und auch politischen Vorsprung vor dem hier spätentwickelten fürstlichen Territorialstaat hat, dass viele dieser Territorialstädte lange Zeit hindurch über eine solidere Autonomie verfügten als manche oberdeutsche Reichsstädte.“; vgl. dazu auch nochmals EBEL, Die Hanse (wie Anm. 3) und CORDES, Die Rechtsnatur (wie Anm. 3).

Den „Tatbestand der relativen Königsnähe innerhalb der Königsferne“ erkenne man, so Peter Moraw, wenn man bedenke: Zwischen der hochpolitischen, von der Reichsverfassung geregelten und mitgeregelten ‚Etagē‘, „diesem obersten ‚Stockwerk‘, das bis 1470 ohnehin in ziemlich dünne Luft hinauftrug, und der Lokalsituation ist weit vor dem Gefüge des ganzen Reiches die ‚selbsttragende‘ politische Landschaft mittlerer Ausdehnung als gewichtig einzuordnen und zu beachten. Sie war von der Territorialpolitik der Fürsten geprägt und ist gemäß dieser Politik abzugrenzen.“ Niederdeutschland, bestehend aus den vier politischen Landschaften Westfalen, Niedersachsen-Nordalbingien, Mecklenburg-Pommern-Brandenburg und Preußen-Livland, sei auch in friderizianischer Zeit königsfern geblieben. Jede Stadt solle deshalb zweckmäßigerweise ihrer politischen Landschaft zugeordnet werden.<sup>72</sup> Spezifische Untersuchungen aber hätten auch ergeben, dass aus Niedersachsen und Nordalbingien diejenigen Städte, die man als führende Hanseglieder kenne, mehr als fünfzig Prozent der Urkunden und Briefe Kaiser Friedrichs erhielten. Vergleichend geurteilt, zeige sich diesbezüglich also ein Tatbestand der relativen ‚Königsnähe‘ innerhalb der Königsferne.<sup>73</sup>

### Reichs- und Landesstädte in ihren territorialen Bindungen

Nicht nur Landesstädte, sondern auch die Reichsstädte waren zudem in territorialen Bindungen verankert. Im Verhältnis von Reichs- und Landesstädten zueinander erwiesen sich stadtrechtliche Bezüge, regionale Bündnisse und die Hanse als gruppenbildende Faktoren von relativer Dauer. Die Ausbildung stadtrechtlicher Rechtsbezüge und Oberhofbeziehungen, regionaler Städtebündnisse sowie die Entwicklung territorialstaatlicher Bezüge und Zusammenhänge erwiesen sich als gruppenbildende Faktoren. – Die Reichsstädte Lübeck, Dortmund und Goslar wie auch die Freie Stadt Köln waren Zentren von Stadtrechtsfamilien. Reichs- und Landesstädte nutzten zur Wahrung des Friedens Möglichkeiten, die ihnen Städtebünde als Interessengemeinschaft boten.

Ohne wirkungsvollen Rückhalt beim König zu finden, waren vor allem Goslar, Mühlhausen und Nordhausen genötigt, sich in regionalen Bündnissen zu schützen.<sup>74</sup> Bereits im 13. Jahrhundert hatte sich der sächsische

---

<sup>72</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 65f.

<sup>73</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 68: „... Man wird auch diesen Tatbestand nicht primär hansisch nennen, weil er wohl zunächst die Rolle jener Städte als urbane Zentren an und für sich zur Geltung bringt. Sekundär erst war dies auch ein hansisches Faktum.“

<sup>74</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 229; GÜNTHER, Zur Rechtsgeschichte (wie Anm. 37); Werner MÄGDEFRAU, Erika LANGER, Thüringisch-hansische Wirt-

Städtebund in der ostfälischen Kernlandschaft zwischen Elbe und Weser formiert. Nach sporadischen Anfängen im 13. Jahrhundert befand sich Goslar im 14. Jahrhundert insgesamt neunmal<sup>75</sup> erneut in diesem sächsischen Bündnissystem.<sup>76</sup> In der zunehmenden Einbindung der Reichsstadt Goslar in den sächsischen Städtebund zeigte sich die nach der Mitte des 13. Jahrhunderts wachsende Königsferne der Stadt.<sup>77</sup> „Die Gefahr, an der Peripherie des oberdeutschen Zentralraums zunehmend der Obhut regionaler Potentaten anbefohlen zu sein und wiederholt die direkte königliche Stadtherrschaft bequem, weil faktisch so entfernt, zu verlieren, prägte die Orientierung städtischer Politik Goslars in der Region, die Bindung in lokalen und regionalen Städtebünden, den Erwerb eines wenn auch bescheidenen Territoriums und vor allem die Ausschaltung fremder Einflüsse und Rechte am Vogteigeld und am Bergbau.“<sup>78</sup>

Im 15. Jahrhundert erreichte der sächsische Städtebund seine stärkste politische Wirksamkeit.<sup>79</sup> Im April 1426 fand in Goslar ein Städtetag statt, der von 14 Städten besandt wurde. Dem 1429 auf weitere drei Jahre verlängerten Bündnis schlossen sich Erfurt und die beiden Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen an und waren an der Neufassung des Bundes 1430 beteiligt.<sup>80</sup>

Die Reichsstadt Goslar nahm die Interessen benachbarter Landesstädte auf dem Reichstag wahr und fügte sich seinerseits im Sächsischen Städtebund der immer deutlicher werdenden Dominanz der Landesstädte Braunschweig und Magdeburg. – Die Reichsstadt Dortmund hatte seit 1396 wiederholt Schutzbündnisse mit der Freien Stadt Köln geschlossen. Seit 1418 gelang es den Kölnern, die Dortmunder aus ihrer alten Führungsposition der westfälischen Städtegruppe zu verdrängen. 1443 schlossen sich die Städte Soest, Münster und Osnabrück mit der Reichsstadt Dortmund zusammen, zur Verteidigung der eigenen Rechte und Privilegien. 1445 erneuerten die Städte ihr Bündnis; unter den Bündnispartnern fehlten jetzt jedoch Osnabrück ebenso wie die Reichsstadt Dortmund. Seine dominierende Stellung im Westen des hansischen Raumes errang Köln

---

schafts- und Bündnisbeziehungen im Mittelalter. Vom Rheinischen Städtebund (1254) bis zur Kölner Konföderation (1367), in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 6, 1978, 109–128.

<sup>75</sup> 1335, 1346, 1351, 1360, 1370, 1382, 1384, 1386, 1396, dann wieder 1416.

<sup>76</sup> Matthias PUHLE, *Der Sächsische Städtebund und die Hanse im späten Mittelalter*, in: *HGbl.* 104, 1986, S. 21–34; Matthias PUHLE, *Der Sächsische Städtebund im Mittelalter. Regionale „confoederatio“ oder Teil der Hanse?* in: *HGbl.* 112, 1994, S. 125–138.

<sup>77</sup> ENGEL, *Goslar* (wie Anm. 25), S. 222.

<sup>78</sup> SCHNEIDMÜLLER, „Dem Heiligen Römischen Reich zu Ehren“ (wie Anm. 23), S. 47.

<sup>79</sup> PUHLE, *Der Sächsische Städtebund im Mittelalter* (wie Anm. 76), S. 130.

<sup>80</sup> PUHLE, *Der Sächsische Städtebund im Mittelalter* (wie Anm. 76), S. 129: „Die Beteiligung der thüringischen Städte am Bündnis der sächsischen Städte von 1430 hing vermutlich in erster Linie mit den Hussitenkriegen zusammen.“

um die Mitte des 15. Jahrhunderts. Die Große Dortmunder Fehde, die Soester Fehde und die Münstersche Stiftsfehde hatten die wichtigsten Städte Westfalens entscheidend geschwächt.<sup>81</sup>

Jenseits der Elbe war die Reichsstadt Lübeck die treibende Kraft des städtischen Bündniswesens. Besondere Aufmerksamkeit widmete Lübeck dabei dem Bündnis mit den benachbarten mecklenburgischen und vorpommerschen Städten Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald, das, ausgehend von dem Bündnis Lübecks mit Wismar und Rostock (1259) in wechselnden Bündniskonstellationen zum Schutz der Kaufleute zu Lande und zur See geschlossen wurde.<sup>82</sup>

Um die Mitte des 15. Jahrhunderts hatten die sich ausbildenden Territorialherrschaften den administrativen Vorsprung der Kommunen weitgehend aufgeholt.<sup>83</sup> Die ersten stadtherrlichen Angriffe gegen die relative Selbständigkeit zahlreicher Städte erfolgten seit den 1440er Jahren und richteten sich auf brandenburgische Städte, einige Mitgliedsstädte des sächsischen Städtebundes sowie auf wendische Städte in Mecklenburg und Vorpommern.<sup>84</sup> Landesherrliche Städte wurden der Herrschaft und Kon-

---

<sup>81</sup> Heinrich SCHOPPMAYER, *Hansische Organisationsformen in Westfalen*, in: HGBll. 100, 1982, S. 69–85; Volker HENN, ... *vmb Orbar, nutticheit, Raste vnd Vrede onser und anderer stede*. Zur Bündnispolitik der westfälischen Städte im späten 14. und 15. Jahrhundert, in: *Westfälische Zeitschrift* 145, 1995, S. 9–28, bes. S. 21 f.; ebd. S. 28: „In dem Maße, in dem es den Landesherrn gelungen war, intensivere Formen der herrschaftlichen Durchdringung des Landes durchzusetzen, und damit auch das landesherrliche Selbstverständnis eine Stärkung erfahren hatte, wurde einerseits die Friedenswahrung als eine vorrangig hoheitliche Aufgabe begriffen, an der die Städte nur noch mittelbar beteiligt wurden, und verringerten sich andererseits – trotz wachsender Mitspracherechte im Innern im Rahmen der landständischen Organisation – die Spielräume für eine eigenständige, überterritoriale ‚Außen‘- und Bündnispolitik der Städte.“

<sup>82</sup> Karl KOPPMANN, *Einleitung*, in: HR I, 1, S. IXff.; Gotthard RAABE, *Bündnisse der wendischen Städte bis 1315*, Hamburg 1971; M. KUHBIER, *Die pommerschen Städtebünde bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts, ihre Bedeutung für die pommersche Territorialpolitik und für die Hanse*, Phil. Diss. (Ms.), Münster 1922; Heidelore BÖCKER, *Regionale Bindungen und gesamthansische Beziehungen pommerscher Städte im Mittelalter*, in: HGBll. 112, 1994, S. 97–124.

<sup>83</sup> SCHMIDT, *Der Städtetag* (wie Anm. 58), S. 529; ISENMANN, *Die deutsche Stadt* (wie Anm. 1), S. 110.

<sup>84</sup> HAMMEL-KIESOW, *Die Hanse* (wie Anm. 45), S. 110f.; Horst WERNICKE, *Auseinandersetzungsformen der Städtehanse und der hansischen Städtemitglieder mit der feudaladligen Umwelt – Stufen einer Klassenauseinandersetzung*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 30, 1981, H. 1–2, S. 21–28; Horst WERNICKE, *Städtehanse und Stände im Norden des Deutschen Reiches zum Ausgang des Spätmittelalters*, in: *Der Ost- und Nordseeraum. Politik – Ideologie – Kultur vom 12. bis zum 17. Jahrhunderts*, hg. von Konrad FRITZE, Eckhard MÜLLER-MERTENS und Johannes SCHILDHAUER (*Hansische Studien VII*), Weimar 1986, S. 190–208; Horst WERNICKE, *Städtehanse und Landstände in Norddeutschland vom 13. bis 15. Jahrhundert*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe*, 36, 1987, H. 3–4, S. 82–84.

trolle des Landesherrn zunehmend unterworfen und in ein territoriales Konzept integriert.<sup>85</sup>

Aus regionalen Städtebündnissen wendischer, pommerscher und sächsischer Städte entwickelten sich zum Schutz der Einzelstädte sog. Tohopesaten.<sup>86</sup> 1443 war die Reichsstadt Goslar am Abschluss einer solchen Tohopesate, einem überregionalen Bündnis sächsischer, wendischer, pommerscher und brandenburgischer Städte, beteiligt, das den Schutz der Straßen und des Kaufmanns sowie die Abwehr von Angriffen der Fürsten und Herren auf die Städte zum Ziel hatte. Militärische und finanzielle Verbindlichkeiten waren vorgesehen<sup>87</sup>, für Goslar z. B. 1450 die Bereitstellung von vier Gewappneten.<sup>88</sup>

Am 19. Juni 1471 verbündeten sich elf niedersächsische Städte, einschließlich der Reichsstadt Goslar, zum Zweck gemeinsamer Bemühungen um Sicherheit der Straßen und des gegenseitigen Schutzes<sup>89</sup>; am 31. Oktober 1476 waren es 19 wendische (einschließlich der Reichsstadt Lübeck) und niedersächsische Städte (einschließlich Goslar): Sechs Jahre lang sollte jede Stadt ihrem Herrn leisten, wozu sie verpflichtet sei; für den Fall darüber hinaus gehender Forderungen sollten die Städte zur gegenseitigen Hilfe *gewapene edder andere werafftigen* bereit halten: Lübeck 20, Goslar (wie Wismar) 5.<sup>90</sup> Das Interesse am Abschluss von Tohopesaten ließ in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts jedoch nach.<sup>91</sup>

„Zu Reichstagsdeutschland hätten – und haben – nur wenige Hansestädte unmittelbaren Zugang finden können, im Wesentlichen die Reichsstädte Lübeck und Dortmund und die Freie Stadt Köln, und zwar innerhalb der nahezu machtlosen Städtekurie des Reichstags.“<sup>92</sup>

<sup>85</sup> Hans SAUER, Hansestädte und Landesfürsten. Die wendischen Hansestädte in der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern Oldenburg und Mecklenburg während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N.F. Bd. XVI), Köln 1971.

<sup>86</sup> HAMMEL-KIESOW, Die Hanse (wie Anm. 45), S. 83: „Die politische Ohnmacht der Hanse, die aus ihrer einigungsrechtlichen Verfassung folgte, war auf die Schnelle nicht zu beheben. Also griff man unter den politischen Verhältnissen des 15. Jahrhunderts zu einem außerhalb der Hanse liegenden Mittel, den sog. Tohopesaten.“

<sup>87</sup> ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 223.

<sup>88</sup> 1450 (HR II, 3, 652, 671, 678).

<sup>89</sup> HR II, 6, 454.

<sup>90</sup> HUB 10, 512; HR II, 7, 396.

<sup>91</sup> HENN, ... *vmb Orbar* (wie Anm. 81), S. 27: „Das Interesse am Abschluss von hansischen Tohopesaten ließ in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts deutlich nach, zumal die Städte im konkreten Fall von den Bündnissen wenig Unterstützung erfuhren und die wirtschaftlichen Probleme der Hanse mit Hilfe der Tohopesaten ohnedies nicht gelöst werden konnten.“

<sup>92</sup> So heißt es zum Beispiel im reichsstädtischen Teilbericht nürnbergischer Provenienz vom 14. Mai 1471: [2] *Item auf dem rathaus sein erschinen ... und von den steten: ... Lubecke ... und ettwieviel ander stett bottschaft. ...* [3] *Item als die curfursten und fursten bottschaften also in der sitzung geschickt waren, hiess man austreten alle, die nicht graven*



Gegen die scheinbar übermächtigen Nachbarfürsten suchten die Freien und Reichsstädte nun gleichzeitig Rückhalt bei den Standesgenossen. Während die früheren Zusammenkünfte städtischer Delegierter stets in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Städtebund standen, entwickelten Freie und Reichsstädte als Ausgleichs- und Absprachegremium einer korporativen Politik seit 1471 parallel zur Entstehung des Reichstags den allgemeinen Städtetag. Am Frankfurter Städtetag im September 1471 beteiligten sich Lübeck, Goslar und Nordhausen.<sup>93</sup>

Zu Resonanz und Ergebnis gewünschter Kontakte wurde noch für die Zeit um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert allerdings festgestellt: „Wenn die hauptsächlich süd- und westdeutschen Reichsstädte eine noch mehr oder minder funktionierende Städteorganisation im Norden vor Augen hatten, ist die Frage nicht belanglos, ob sie von dort Impulse empfangen haben; dies um so mehr, als eine Anzahl von Hansestädten, Lübeck voran, zu den Reichsstädten zählten. Lübeck hielt als Hansevorort den Kontakt mit dem Reich und gehörte zu den regelmäßigen Reichstagsbesuchern. Struktur, Interesse und Zielsetzung der Hanse waren nun allerdings so weit von der süd- und westdeutschen reichsstädtischen Welt entfernt, dass man auf die gestellte Frage wohl mit einer Fehlanzeige antworten kann. Schon wiederholt wurde bemerkt, dass in oberdeutschen Protokollen damals statt von Hansestädten von „An-See-Städten“ die Rede war, der Name im Süden des Reiches also gar nicht mehr verstanden wurde.“<sup>94</sup>

---

*freiherrn ritter edel und zu dem tag hieher beschiden und gefordert weren;* in: RTA (wie Anm. 50), 8. Abt., Bd. 22,2, S. 482, Nr. 109; HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 11: „Mitte des 15. Jahrhunderts ist das spätere Kuriensystem im Reichstag allenfalls rudimentär, in Form getrennter Beratungen zu erkennen. Die interne regionale Einteilung der Städte in eine Schwäbische und eine Rheinische Bank darf für diese Zeit lediglich vermutet werden. Offiziell festgelegt wurde sie auf dem Augsburger Reichstag 1474 in einer Sitz- und Stimmordnung.“ MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 57.

<sup>93</sup> SCHMIDT, Der Städtetag (wie Anm. 58), S. 4f., 6f., 527, 531; dazu auch Georg SCHMIDT, Die kleineren fränkischen Reichsstädte und der allgemeine Städtetag, in: Reichsstädte in Franken, Aufsätze 1: Verfassung und Verwaltung, hg. von Rainer A. MÜLLER (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Nr. 15,1), München 1987, S. 159–168, bes. S. 159.

<sup>94</sup> Heinz GOLLWITZER, Bemerkungen über Reichsstädte und Reichspolitik auf der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, in: Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz STOOB zum 65. Geburtstag, hg. von Helmut JÄGER, Franz PETRI und Heinz QUIRIN (Städteforschung A/21, II), Köln 1984, S. 488–516, bes. S. 491; MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 61; Rolf SPRANDEL, Was wusste man im späten Mittelalter in Süddeutschland über Norddeutschland und umgekehrt? Studien zur Geschichtsschreibung 1347–1517, in: Nord und Süd in der deutschen Geschichte des Mittelalters, hg. von Werner PARAVICINI (Kieler Historische Studien, Bd. 34), Sigmaringen 1990, S. 219–230. – RTA (wie Anm. 2) unter Kaiser Karl V. Jüngere Reihe, Bd. 12, Der Reichstag zu Speyer, 2. Teilband, bearb. von Silvia SCHWEINZER-BURIAN, München 2003, Nr. 285: Abschied des



Auch unter den niederdeutschen Reichsstädten selbst wurde eine wachsende Unterschiedlichkeit beobachtet. Metropolen wie Köln und Lübeck legten danach auf engere Bindungen untereinander, die über die lockere Zusammengehörigkeit im reichsstädtischen Corpus hinausgegangen wären, keinen Wert. Indes schlossen sie Einungen und Bündnisse anderer Art, Lübeck als Vorort der Hanse, Köln mit den Herzögen von Jülich und Berg. Auch die Reichsstädte mittlerer Größe (Nordhausen, Mühlhausen und Goslar) suchten sich durch Bündnisse und Einungen zu schützen, doch trat bei ihnen, wenn es sich um Verträge mit Fürsten handelte, der Typus der Schirmherrschaft in den Vordergrund, die tatsächlich Schutz gewährte, die Bewegungsfreiheit solcher Kommunen jedoch erheblich einschränkte.<sup>95</sup>

„Im kaiserlichen Urkundenmaterial tritt Lübeck zuerst als ein zwischen den fürstlichen Nachbargewalten lavierendes Gemeinwesen hervor, nicht etwa als ein spezifisch hansisch-ökonomisches oder gar spezifisch hansisch-organisatorisches Zentrum.“ Man gewinne den widersprüchlichen Eindruck, dass das regionale Kräftespiel für Lübeck an Bedeutung gewann, während die wachsende Verrechtlichung des Reiches die Stadt immer stärker auf den Kaiser und seine Gerichte verwies. „Die zunehmende Komplexität und die sich zugleich steigernde Verbindlichkeit des politischen Spiels in Deutschland waren Faktoren neben oder besser über allen Richtungsänderungen im Detail; das 14. Jahrhundert, viel stärker vom Nebeneinander gekennzeichnet, wirkt demgegenüber nahezu archaisch.“<sup>96</sup>

### Reichs- und Landesstädte und die Bildung des hansischen Gemeinwillens

Wie die wendischen Städte waren schließlich auch alle Teilnehmer des

Reichstages, Speyer, 1542 April 11, S. 1184: *die hann- und sehestedt*; Bd. 15, Der Speyrer Reichstag von 1544, Teil 4, bearb. von Erwein ELTZ, Göttingen 2001, Nr. 565: Abschied des Reichstages, Speyer, 1544 Juni 10, S. 2255: *die hayn- und seestätte*; Bd. 16, Der Reichstag zu Worms 1545, 2. Teilband, bearb. von Rosemarie AULINGER, München 2003, Nr. 113 A: Beschwerden einzelner Reichskreise – Worms, 1545 April 4, S. 1082: *von denen see- und anseestetten*; Bd. 18, Der Reichstag zu Augsburg 1547/48, 2. Teilband, bearb. von Ursula MACHOCZEK, München 2006, Nr. 153: Sebastian von Heusenstamm, Ebf. von Mainz, an die Kurfürsten des Niedersächsischen Kreises – o. O., o. D., S. 1649: *sehe- und ansehestedt*.

<sup>95</sup> GOLLWITZER, Bemerkungen (wie Anm. 94), S. 498ff.; SCHMIDT, Der Städtetag (wie Anm. 58), S. 530; ebd. S. 160: „Durch sog. Schutz- und Schirmverträge, d. h. militärische Unterstützung bzw. eine ‚Nicht-Angriffszusage‘ seitens der Fürsten gegen fixierte städtische Jahrgelder wurde meist die Einordnung der Kommunen in die normalerweise von weltlichen Fürsten dominierten regionalen Konstellationsräume vollzogen. Diese Untergliederung des Reiches fand zu Beginn des 15. Jahrhunderts ihre verfassungsrechtliche Anerkennung mit der Etablierung der Reichskreise“; Wilhelm GEBSER, Bündnisse, Schutz- und Dienstverträge der Städte Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Diss., Göttingen 1909.

<sup>96</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 68f.

sächsischen Bündnissystems Mitglieder der Hanse.<sup>97</sup> Ratssendeboten aus Reichs-/Freien- und Landesstädten sind während der Versammlung zu Lübeck am 18. Mai 1447 *na guder betrachtunge, myt wolbedachtem mode, gudeme rade unde vrien willen deme almechtigen Gode to love, dem hilligen Romesschen riike to eren ... myt gantzer endracht anhegan unde gemaket ene vruntlike tohopesate, voreninghe, vorstrickinge unde vorbund jegen allesweme uthgenomen dat hillige Romessche riike*).<sup>98</sup> Da Köln die Ansicht geäußert hatte, mit der Tohopesate von 1450 sei auch die Hanse erloschen, antwortete der Hansetag im Juni 1470, es sei *nicht von noden, juw to vorclarende, wat dat vorbund sii der gemenen hense*, und verwies auf die Tradition der *seligen vorfaren*, die mit *sorchfoldigem flitigem arbeyde vor langen jaren, de itzund in mynschen gedechtnisse nicht en sin, dem gemenen besten unde wolvard der copmansschup* gedient hätten.<sup>99</sup>

Die wirtschaftliche und politische Hochblüte Lübecks hatte sich von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts erstreckt. Seit dem späteren Mittelalter führten große Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur Europas zur Minderung der handels- und gewerbegeschichtlichen Bedeutung der Stadt. Die Freie Stadt Köln war jetzt ein oft unbequemes

---

<sup>97</sup> PUHLE, Der Sächsische Städtebund im Mittelalter (wie Anm. 76), S. 130ff.; Horst WERNICKE, Die sächsischen Städte in der Hanse, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, hg. von Matthias PUHLE (Magdeburger Museumsschriften Nr. 4, Bd. 1: Aufsätze), Magdeburg 1996, S. 29–35; Werner MÄGDEFRAU, Erika LANGER, Thüringisch-hansische (wie Anm. 74); Horst WERNICKE, Die regionalen Bündnisse der hansischen Mitglieder und deren Stellung in der Städtehanse von 1280 bis 1418, in: Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus 6, 1982, S. 243–273; Volker HENN, Kommunikative Beziehungen und binnenhansisches Raumgefüge, in: Städtelandschaft – Städtenetz – zentralörtliches Gefüge. Ansätze und Befunde zur Geschichte der Städte im hohen und späten Mittelalter, hg. von Monika ESCHER, Alfred HAVERKAMP und Frank G. HIRSCHMANN, Mainz 2000, S. 117–129; Volker HENN, Kommunikative Beziehungen und binnenhansisches Raumgefüge, in: Vergleichende Ansätze (wie Anm. 8), S. 33–42.

<sup>98</sup> HR II, 3, 288 § 23.

<sup>99</sup> HR II, 6, 33; MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 67: „Ob man für irgendein Zeitalter zu Recht von der Einheit des hansischen Raumes reden darf, wird man längst bezweifeln“; ebd. S. 65 (unter Hinweis auf Volker HENN, Städtebünde und regionale Identitäten im hansischen Raum, in: Regionale Identität und soziale Gruppen im deutschen Mittelalter, hg. von Peter MORAW (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 14), Berlin 1992, S. 41–64): „Der Einigkeit einer Anzahl von Hansestädten im Hinblick auf irgendein konkretes Ziel entsprachen regelmäßig die Abstinenz anderer und oft die Gegnerschaft weiterer Hansestädte. Infolge des Tatbestands, dass privilegial gestützte, speziell hansische Handelsbeziehungen ein bestimmtes historisches Alter aufwiesen und in Konkurrenz zu älteren und öfter noch jüngeren nichthansischen Beziehungen traten, konnte es sich auch kaum anders als wie hier geschildert verhalten haben“; ebd. S. 71: „Ohne einen Mindest-Grundkonsens scheint weder das Funktionieren des Alten Reiches noch das Funktionieren der Hanse denkbar. Es handelte sich um ein Grundvertrauen in die Haltung der Partner und um eine Grundloyalität, die auch dem eigenen Handeln aus vernünftiger Einsicht gewisse Grenzen setzte. Unter alteuropäischen Bedingungen bedurfte offenbar ein Grundkonsens auf die Dauer einer Basis im Interesse und in der Kohärenz der führenden Leute.“

Mitglied der hansischen Gemeinschaft, das zuweilen eine auffallende „Hanseferne“ an den Tag legte, aber zugleich die bedeutendste deutsche Fernhandels- und Exportgewerbestadt.<sup>100</sup>

### Die Häupter der Hanse

Mit der Autorität des Hauptes der Hanse war als einzige konkrete Befugnis der Lübecker der Vorsitz auf den Tagfahrten der gemeinen Städte verbunden. Weitere gewöhnliche Aufgaben, die mit der Einladung zu diesen und der Ausführung und Auslegung der Rezesse verbunden waren, konnten sie nur gemeinsam mit dem Beirat der wendischen Städte (seit dem zweiten Viertel des 15. Jahrhunderts eingeeengt auf die Reichsstadt Lübeck sowie die fünf Landesstädte Hamburg, Lüneburg, Rostock, Wismar und Stralsund) und unter deren Kontrolle erfüllen. Für alles, was darüber hinausging, bedurften sie einer speziellen Vollmacht von Seiten der gemeinen Städte.<sup>101</sup>

1379 hatte der Lübecker Bürgermeister Jakob Pleskow bestätigt, Köln, *unsse oldeste ertzehovetstede in der Dutsschen hentzen*, nähme in den Versammlungen (bei lübischem Vorsitz) vor Bremen den hervorragendsten Platz ein. Doch die Kölner machten Lübeck bei den Hansetagen der Jahre 1383 und 1389 und auch später noch sogar den Vorsitz streitig.<sup>102</sup> Im Lüneburger Rezess von 1412 – Lübeck war wegen innerstädtischer Unruhen nicht zugelassen – stand Köln an erster Stelle. 1447 wurde die Entscheidung über den Anspruch Kölns, auf den Hansetagen anstatt Lübecks das Wort zu führen (*alse de van Lubeke unde der von Colne sendeboden schelafflich werden umme der stede wort to holdende*), aber

<sup>100</sup> Rolf HAMMEL-KIESOW, Lübeck – Grundlinien der Wirtschaftsgeschichte der Stadt, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft zu Lübeck 59, 1999, S. 5–34, bes. S. 5f. – Volker HENN, Städtische Geschichtsschreibung in Köln und im Hanseraum, in: Spätmittelalterliche städtische Geschichtsschreibung in Köln und im Reich. Die „Koelhoffische“ Chronik und ihr historisches Umfeld, hg. von Georg MÖLICH, Uwe NEDDERMEYER und Wolfgang SCHMITZ (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins e. V., Bd. 43), Köln 2001, S. 29–55; Joachim DEETERS, Die Hanse und Köln. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln zum 8. Hansestag der Neuzeit, Köln 1988, S. 108, lehnt die Bezeichnung „Hansestadt“ für Köln ab und schlägt als Kompromiss „auch eine Stadt in der Hanse“ vor. Heinz STOOB, Lübeck als „Caput Omnium“ in der Hanse, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121, 1985, S. 157–168, erwog dagegen, ob Köln nicht neben Lübeck ein zweites Zentrum der Hanse bildete. Edith ENNEN, Europäische Züge der mittelalterlichen Kölner Stadtgeschichte, in: Köln, das Reich und Europa: Abhandlungen über weiträumige Verpflichtungen der Stadt Köln in Politik, Recht und Wirtschaft im Mittelalter, hg. von Hugo STEHKÄMPER (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, Bd. 60), Köln 1971, S. 1–47, bes. S. 43; ebd. S. 3: „Die Freie Stadt Köln besaß als Hansestadt in einer sehr besonderen und eigenwilligen Weise europäischen Rang und war ein politischer Faktor ersten Ranges“.

<sup>101</sup> PRITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 363.

<sup>102</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43).

vertagt und die Leitung der Geschäfte bis dahin ausdrücklich an Lübeck und seine Nachbarstädte übertragen (*unde der van Colne sendeboden gutliken undewiseden umme des gemenen besten willen, dat men de sake bestan lete, nenem parte to vorvange, beth to der negesten dachvart*).<sup>103</sup>

Die Verteilung zur rechten oder vorderen und zur linken Hand ist bei den Versammlungen der Hansestädte – vermutlich erstmals – zum Jahre 1418 bezeugt.<sup>104</sup> Die Lübecker Tagfahrt vom 18. Mai 1447 wurde von 39 Städten beschickt; zur rechten Hand der Vorsitzenden und diesen zunächst saßen die Ratssendeboten von Köln und Bremen, dann auf beiden Seiten die Ratssendeboten der wendischen Städte (Rostock, Stralsund, Wismar, Hamburg, Lüneburg, Greifswald). Insgesamt fanden zur rechten Hand (*to der vorderen hant*) die Sendeboten aus 24 Städten Platz, während ihnen gegenüber (*to der luchteren hant*) nur fünfzehn Städte saßen.<sup>105</sup> Die erweiterte, von 27 Städten besuchte Tagfahrt trat am 21. September 1450 in Lübeck zusammen. Wieder saßen hier dem Vorsitzenden auf beiden Seiten am nächsten die Sendeboten der Kölner, der Bremer und der Wendischen Städte, und wiederum nahm zur linken Hand zwischen den Wendischen und den rheinisch-zuiderseeischen Städten der Rat von Lübeck Platz.<sup>106</sup>

<sup>103</sup> HR II, 3, 288 § 29; ebd. § 57: ... *wolde zere umbequeme syn umme afflegenheyt wyllen, unde hirumme anvellen se menliken de stede Lubeke unde andere erliken steden by en belegen, de leffliken biddende, dat se yd umme des gemenen besten wyllen van erer aller wegen to siik nehmen, der stede unde des copmans beste to provende, alse se gerne deden ...* (1447 Mai 18).

<sup>104</sup> HR I, 6, 556: links: Köln, Bremen, Rostock, Stralsund, Wismar, Braunschweig, Danzig, Gotland, Riga, Dorpat, Reval, Stettin, Anklam, Osnabrück, Stargard, Stade, Buxtehude, Salzwedel, Stendal; rechts: Hamburg, Dortmund, Lüneburg, Greifswald, Münster, Kolberg, Nimwegen, Deventer, Zutphen, Zwolle, Harderwik, Elborg, Lübeck; sowie ohne reguläre Ratsmitglieder Magdeburg (das normalerweise vor Braunschweig sitzt), Minden, Soest und das Brügger Kontor; zur Ersterwähnung einer Sitzordnung: PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 390, Anm. 858; Thomas BEHRMANN, Über Zeichen, Zeremoniell und Hansebegriff auf hansischen Tagfahrten, in: Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit, hg. von Volker HENN (Hansische Studien XI), Trier 2001, S. 109–124, bes. S. 115: „Schaut man nun auf die aller erste hansische Versammlung, in der eine Teilung der Sitzordnung in eine linke und eine rechte Hälfte bezeugt ist, nämlich jene von 1418, und vergleicht sie mit der Tagung von 1619, so stellt man fest, dass alle Städte, die sowohl 1418 wie auch 1619 reguläre Vertreter entsandt hatten, in beiden Fällen in exakt derselben Reihenfolge angeordnet sind. Über einen Zeitraum von nicht weniger als zwei Jahrhunderten hat sich das Grundmuster der Rangordnung unter den Hansestädten nicht verändert.“

<sup>105</sup> HR II, 3, 288; PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 362f.; ebd. S. 390f.: „Die Differenz erklärt sich daraus, dass die Mitte der linken Bank dem Lübecker Rat reserviert war; da die Hansestädte gewöhnlich je zwei Sendeboten zu den Tagfahrten schickten, hätten bis zu achtzehn Lübecker Ratmannen an dieser Stelle Platz gefunden.“

<sup>106</sup> HR II, 3, 649; BEHRMANN, Über Zeichen (wie Anm. 104), S. 114: Über „die Stellung jeder einzelnen Stadt im Kreis einer großen Städteversammlung lassen die Einleitungen der Rezesse mit ihren Städtelisten eine ungeschriebene, aber in der Tradition festverankerte Sitzordnung erkennen, über die es auf den zahlreichen überregionalen Versammlungen der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts keinen Disput gibt. Probleme brechen erst im 15. Jahrhundert

Angenommen wird: Zur Willensbildung und Beschlussfassung auf den hansischen Tagfahrten führte ein Übereintragen von Meinungen, das nicht auf Stimmrechten beruhte und daher ein Zählen der Stimmen weder zuließ noch erforderte.<sup>107</sup> Danach hätten die Bürgermeister der gastgebenden Stadt die Verhandlungen geleitet, den Sprechern das Wort erteilt, die als konsensfähig hervortretenden Meinungen formuliert und sie schließlich ihrem Ratsschreiber als beschlossen zur Niederschrift diktiert.<sup>108</sup>

### Ladungszwang und Ladungsungehorsam

„Vor allem aber musste man die Frage beantworten, welche Städte überhaupt zu laden waren, damit durch ihre Vermittlung in den Beschlüssen einer Tagfahrt der Wille des gemeinen Kaufmanns in seiner Gesamtheit zum Ausdruck kommen konnte.“<sup>109</sup>

---

auf, dann aber zeitweise sehr massiv. Auf drei großen hansischen Versammlungen zwischen 1469 und 1476 kommt es dann zu einer ganzen Serie von Konflikten“; ebd. S. 115: „Erstens handelt es sich häufig um regionale Rivalitäten, die vor dem sensiblen Forum einer überregionalen hansischen Versammlung eine besondere Brisanz erhielten. Zweitens ist die Überlieferung dieser Streitigkeiten auf die seltenen großen Versammlungen des 15. Jahrhunderts beschränkt. ... Und drittens ist die Sitzordnung unter den Hansestädten im Prinzip unglaublich fest, und zwar über Jahrhunderte hinweg, ...“; Thomas HILL, *Worden de van Bremen alles bovene geset*. Bremen auf Hansetagen im 14. und frühen 15. Jahrhundert, in: *Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, hg. von Volker HENN (Hansische Studien XI), Trier 2001, S. 43–63.

<sup>107</sup> PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 390f., unter Bezugnahme auf Klaus FRIEDLAND, *Kaufleute und Städte als Glieder der Hanse*, in: HGBll. 76, 1958, S. 21–41, bes. S. 38; ebd. S. 309f.: „Wenn man gemeint hat, der Beschluss vom 1. Januar 1430 über die Beihilfen kleiner Städte zu den Besendungskosten der großen (oben, § 319) habe zur Folge gehabt, dass ‚einige größere Städte möglichst viele kleine an sich zu ziehen versuchten, um bei den Tagfahrten für sie mitstimmen zu können und so ihren Einfluss zu vergrößern‘, so ist dagegen festzustellen, dass sich in den Rezessen und Akten der Hansetage mindestens bis hin zum Jahre 1460 nicht der geringste Anhaltspunkt findet, um diese Annahme zu stützen“; BEHRMANN, *Über Zeichen* (wie Anm. 104), S. 116: „Über einen Zeitraum von nicht weniger als zwei Jahrhunderten hat sich das Grundmuster der Rangordnung unter den Hansestädten nicht verändert. Die Erläuterungen, die Herde (der Münsteraner Delegierte Dr. Johannes Herde/vgl. ebd. S. 115) seiner Zeichnung beigab, verraten aber noch etwas anderes: nämlich den Modus der Entscheidungsfindung bei der Tagfahrt von 1619. Jede Stadt sollte nach einer genau festgelegten Reihenfolge zu den behandelten Fragen Stellung beziehen. Dabei oblag freilich den Lübeckern sowohl die erste Stellungnahme wie auch die abschließende Verkündung des Beschlusses; die übrigen Städtevertreter jedoch trugen ihre Meinung genau gemäß der Sitzordnung vor. Wenn man sich auch die mittelalterliche Entscheidungsfindung auf hansischen Tagfahrten in ähnlichen Formen wie bei dem Modell von 1619 vorstellen darf – und einiges spricht dafür –, dann ergäbe sich eine weitere konkrete Antwort auf die Frage nach dem Sinn der hitzigen Debatten um Rangfragen: Je höher der Rang einer Stadt in der Sitzordnung, um so eher konnte sie eine Entscheidung in ihrem Sinne präjudizieren.“

<sup>108</sup> PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 398.

<sup>109</sup> PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 368; ebd. S. 369: „Es war danach nur konsequent, wenn die Lübecker ihre Ladungen nur den großen Städten zustellten und es diesen überlie-

Die Beziehungen der thüringischen Städte zum hansischen Handelsgebiet hatten sich im Verlaufe des 14. Jahrhunderts verdichtet. Gleichzeitig und dann vor allem im 15. Jahrhundert fallen aber wesentliche Unterschiede zum Handel der wendischen Hansestädte auf. Während für die wendischen Hansestädte der Zwischenhandel die primäre Rolle spielte, waren die thüringischen Städte bemerkenswert oft mit eigenen Produkten vertreten.<sup>110</sup> Vor allem die Tuchproduktion erwies sich als ein wichtiges Ausfuhrgewerbe der Städte Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen.<sup>111</sup> Die Nichtteilnahme der thüringischen Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen an Versammlungen der Hanse mag also auch auf Unterschiede der wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen Binnen- und Küstenstädten zurückzuführen sein. In dem Maße, in dem die Beteiligung der Küstenstädte, besonders Lübecks, an binnenländischen Angelegenheiten sank, ließ auch die Beteiligung der Binnenstädte an Angelegenheiten der Küstenstädte nach.<sup>112</sup>

Die Reichsstadt Goslar ist seit dem letzten Drittel des 13. Jahrhunderts bis um 1566 als Mitglied der Hanse bzw. als der Hanse zugehörig fassbar.<sup>113</sup> Die hansischen Matrikellisten führen Goslar auf, allerdings mit

---

Ben, ihrerseits die kleinen zu unterrichten und zu den Kosten heranzuziehen.“ – Zu diesem Zweck wurden den einzelnen Hauptstädten eigene Schreiben des Hansetages mitgegeben. Vgl. z. B. HR II, 6, S. 211, mit Verweis auf 184 § 67, 240ff. und 334.

<sup>110</sup> Erika LANGER, Überregionale merkantile Kommunikation aus der Sicht thüringischer Hansestädte im 15. Jahrhundert, in: Bürgertum – Handelskapital – Städtebünde, hg. von Konrad FRITZE, Eckhard MÜLLER-MERTENS und Johannes SCHILDHAUER (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte. Bd. XV/Hansische Studien III), Weimar 1975, S. 105–130, bes. S. 106.

<sup>111</sup> Über Lübeck gingen die Tuche bis ins 16. Jahrhundert hinein in das nördliche und nordöstliche hansische Absatzgebiet. Nach Hamburg scheint vorwiegend Grautuch geliefert worden zu sein, das sich wegen seiner Billigkeit reger Nachfrage erfreute. Mit ihrem Waidhandel waren die thüringischen Städte stärker in den innerdeutschen Tuchregionen engagiert. LANGER, Überregionale (wie Anm. 110), S. 106ff. und 110ff.; Manfred STRAUBE, Der hansische Binnenhandel – die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thüringen und den Seestädten zu Beginn der frühen Neuzeit, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, hg. von Matthias PUHLE, Magdeburg 1996, S. 306–405.

<sup>112</sup> PUHLE, Der sächsische Städtebund und die Hanse (wie Anm. 76), S. 32f.: „Dieser Vorgang macht exemplarisch deutlich, in wie starkem Maß sich die Strukturen des hansischen Handels vom 12. bis ins 15. Jahrhundert gewandelt hatten. Von den gemeinsamen Fernhandelsfahrten von Kaufleuten der Binnenstädte und der Küstenstädte über See war nichts mehr übriggeblieben. Die Kaufleute der Küstenstädte hatten den Seehandel vollständig in die Hand bekommen und die Kaufleute der Binnenstädte in die Rolle von Zulieferern abgedrängt. Aus dieser Verschiebung der ökonomischen Interessen ergab sich auch eine Verschiebung der politischen Interessen.“ HAMMEL-KIESOW, Die Hanse (wie Anm. 45), S. 16: „Als Faustregel kann gelten, dass die Intensität hansischer Interessen mit zunehmender Entfernung von der Küste nachließ. Während in den Seestädten der hansische, der privilegiengestützte Auslands-handel der wirtschaftlich dominierende Faktor war, war er in den binnenländischen Städten z. B. Westfalens oder des Niederrheins nur ein Wirtschaftssektor neben anderen, neben z. B. einem wirtschaftlich starken Binnenhandel und den produzierenden Gewerben.“

<sup>113</sup> ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 216.

Kontingenten, deren Höhe im Vergleich zu anderen Städten gering ist. 1407 wurden die Goslarer bei Lübeck um die Befreiung vom Pfundzoll vorstellig, da sie bei der Beschlussfassung über einen solchen nicht gefragt worden seien und im übrigen schon hohe Aufwendungen für den Schutz des Kaufmanns hätten.<sup>114</sup>

Seiner wirtschaftlichen Situation entsprechend zurückhaltend zeigte sich Goslar in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch auf der diplomatischen Ebene der Hanse.<sup>115</sup> Die jetzt immer deutlicher werdende Dominanz Braunschweigs und Magdeburgs erwies sich auch in der Regelung der Besendung von Hansetagen durch die sächsischen Städte. Diese beiden Städte sollten sich gemäß des im April 1426 in Goslar geschlossenen Bundes nach Bekanntwerden eines anberaumten Hansetages beraten, ob die Besendung des Hansetages durch die sächsischen Städte lohne. Braunschweig sollte dann Goslar benachrichtigen.<sup>116</sup>

Auf derartige Vertragsverhältnisse reagierte zum ersten Male die Lübecker Tagfahrt vom 1. Januar 1430, indem sie bestimmte, dass die kleinen Städte, „die der Hanse (Gerechtigkeit) gebrauchen und nicht zu den Tagfahrten senden können“, von dem Gebrauch der Privilegien und des Hanserechts ausgeschlossen werden sollten, wenn sie sich weigerten, etwas zu den Gesandtschaftskosten der großen Städte beizutragen.<sup>117</sup> Die Hanse erhob Vorwürfe, dass Goslar *unhorsam* geworden sei und einen Lübecker

<sup>114</sup> FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 77; ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 223.

<sup>115</sup> HR I, 6, 68 A; FAHLBUSCH, Städte und Königtum (wie Anm. 4), S. 76: „Lediglich beim Hansetag 1412 in Lüneburg, der über die Lübecker Wirren zu entscheiden hatte, kann Goslar in dieser Zeit nachgewiesen werden.“ Goslarer Kupferhandel verlief auf hansischen Seehandelsrouten, über Köln ins Maasgebiet und über Hamburg vor allem nach Flandern, doch war der Goslarer Handel mit Metallen und anderen Produkten, z. B. Bier und Schiefersteinen, weniger nach Norden, in Richtung hansische Seestädte, als vielmehr auf den regionalen binnenländischen Hanseraum Hildesheim – Braunschweig – Magdeburg – Erfurt orientiert. ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 226.

<sup>116</sup> PUHLE, Der Sächsische Städtebund im Mittelalter (wie Anm. 76), S. 128.

<sup>117</sup> HR I, 8, 712 § 15: *Item de clenen stede, de der henze bruken unde nicht to dachvarden senden en konen, de scholen den anderen groten steden, bii en belegen, de to dachvarden senden, redelike hulpe don na erer macht to eren kosten unde teryngen, de se umme der dachvarde willen don.* Der Beschluss wurde bekräftigt im Lübecker Rezess vom 5. Juni 1434 (HR II, 1, 321 § 41 (*welke stad, dede in tokomenden tiiden uppe mogelike tiid to dage vorbodet wird unde den dach nicht en besendet, de schal den gemynen steden der henze to der henze orbor den unhorsam vorboten mit eyner mark goldes.*) und § 42; 1441 März 12: HR II, 2, 439 § 20 (*wert over dat jenyge stad hir breckachtich ane werde gevunden, sodanne stad wolden desse stede vor unhorsam holden unde dat pynigen na lude unde inholde der olden recesse vorscreven*); 1450 September 21: HR II, 3, 649 §§ 1, 2 und 11, hier § 1: *welker stede borgere unde inwonere doch fryheyde der hanse nicht kleyne en bruken, vorvallen scholen sin in de pene in deme vorgerorden recesse to Bremen ingesat, dat is en jewelik van en ene mark lodiges goldes unde 10 jar lank entberinghe unde vorlesinge der vriheit van der hanse, ...*



Hansetag 1430 nicht besucht habe, obwohl ihm der *vorlust der hense* angedroht wurde.<sup>118</sup> „Zum ersten Male hatten damit die Ratssendeboten die Strafe der Verhansung auf eine bestimmte Form des Ladungsungehorsams gesetzt, nämlich auf die Verweigerung des Kostenbeitrags seitens der kleinen Städte, die zu arm waren, um ihre Interessen auf den Tagfahrten selbst zu vertreten.“<sup>119</sup>

Wie das große Bündnis der sächsischen Städte vom 21. April 1426 bestimmte das Bündnis acht altmärkischer Städte vom 1. September 1436, dass man sich über die gemeinsame Besendung der Hansetage verständigen sollte.<sup>120</sup> Die Situation spitzte sich vor allem auch im westfälischen Raum zu. Auf dem Lübecker Hansetag wurde am 23. April 1469 – namentlich auf Betreiben Dortmunds – der Recess über die Beitragspflicht der kleinen Städte zu den Besendungskosten der großen erneuert.<sup>121</sup> Die Reichs- und Hansestadt Dortmund beschwerte sich auch während der Versammlung zu Lübeck im Mai 1470 über die Weigerung der kleinen Städte in Westfalen, zu den Besendungskosten beizutragen<sup>122</sup>, und äußerte sich auch 1476 in diesem Sinne.<sup>123</sup>

Köln aber erhob massiv Einspruch gegen die Strafandrohung bei Nichtbefolgung von Ladungen: *Item vortmer seggen unde schreven de van Colne vor des heren rade ok teghen enen anderen openen breff der Wendischen stede unde der stad Brunswyck, darynne se ok tughen van deme schote unde bevelen den olderluden by horsame der hense, de dat schot weygeren to ghevende, to vangende edder to straffende etc., dat se des nicht mechtich en syn, deme kopmanne to bevelende, unde gift em wonder, dat sik de heren van Lubeke myd eren naburstedden des underwinden, wente se doch wol weten, dat Colne eyn van den meisten steden is des Romeschen rikes, unde hebben geyn both deshalven over vele clenre stede unde mynre dan de van Colne zyn, wowol dat se myd mer anderen steden*

<sup>118</sup> HR I, 8, 712 § 18 und § 27.

<sup>119</sup> Pitz, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 369.

<sup>120</sup> HUB 6, 624, und HUB 7,1, 224.

<sup>121</sup> HR II, 6, 184 § 44.

<sup>122</sup> HR II, 6, 330 § 12: *Item de burgermeister von Dorpmunde leet den radessendeboden lesen etlike breve itliker klenen stede in Westvalen, de nicht tor teringe der daghvard leggen willen, so dat is berecesset von den steden anno 69 jubilate bynnen Lubeke. Darumme de radessendeboden hebben gescreven an de klenen stede, se underwisende, dat se mede tor teringe der daghvarde leggen, so dat is berecesset, alse de concepte wol clarliken uthwisen.* Die Anklage Dortmunds bewirkte ein Schreiben der zu Lübeck versammelten Ratssendeboten, datiert unter dem 16. Juni 1470 (HR II, 6, 334): *wanner gy van der wegenne irmanet unde angelanget werden van denjennen, den edder deme dat bevalen is, gy juw dan gutwillich, ungewegert na lude der erscreven recesse bewisen unde horsam zin willen, sovere gy der privilegie der Duitschen hense dencken to brukende unde darmede beschermet willen wesen.*

<sup>123</sup> Versammlung zu Lübeck, 1476 Mai 28 – Juni 20, in: HR II, 7, 338 § 177.



*den Wendeschen steden in vorledenen tyden vele mer machtes ghegheven hebben, so men ute den recessen wol clarliken vindet.*<sup>124</sup> Die Ansicht Kölns, dass Lübeck nicht befügt gewesen sei, die Städte unter Strafan drohung zu laden, wurde seitens der Landesstädte Magdeburg und Braunschweig geteilt.<sup>125</sup> So sah sich Lübeck im August 1470 veranlasst, als Vorort der Hanse abzdanken. Die Städte erklärten daraufhin jedoch, dass Lübeck auch zum nächsten Hansetag bei Strafe laden dürfe.<sup>126</sup>

### Ausschluss

Die Hanseeigenschaft konnte man bekanntlich auf drei Wegen verlieren: durch Verzicht auf die Nutzung der Privilegien, durch freiwilligen Austritt aus der Gemeinschaft oder durch den förmlichen Ausschluss einer Stadt (Verhansung) oder eines Kaufmanns, der jeweils bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Prinzipien und Interessen der Gemeinschaft von der Städteversammlung bzw. von den Älterleuten der Kontore verfügt werden konnte.<sup>127</sup>

Zum Beispiel war die Landesstadt Braunschweig nach der Großen Schicht von 1374, bei der acht Ratsangehörige ums Leben gekommen waren, sechs Jahre lang von allen hansischen Belangen ausgeschlossen worden. Der wirtschaftliche Druck führte 1380 zu Verhandlungen mit dem wendischen Drittel, bei denen die Wiederaufnahme durch einen regelrechten Sühnebrief geregelt wurde.<sup>128</sup>

Die Hanse scheute auch Reichsstädten gegenüber vor dem Vollzug von Sanktionen nicht zurück. Als es zu einem Konflikt Goslars mit seinem

<sup>124</sup> Versammlung zu Lübeck, 24. August 1470, in: HR II, 6, 356 § 90.

<sup>125</sup> Versammlung zu Lübeck, 1470 Mai 31, in: HR II, 6, 294–309, 330 und 334; Lübeck an Köln, 1470 Juni 15, in: HR II, 6, 339.

<sup>126</sup> Versammlung zu Lübeck, 1470 August 24, in: HR II, 6, 330 § 3; dazu vordem: Versammlung zu Lübeck, 1469 April 23, in: HR II, 6, 184. – Die Städte erklärten, dass auf dem nächsten Hansetag über die Bestrafung der von diesem Tag Ausgebliebenen verhandelt werden solle. Im Zusammenhang damit wurde das Statut über die Beitragspflicht der kleinen Städte erneuert und angesichts der weit verbreiteten Unlust, Tagfahrten zu besenden, die Leitung der nächsten Maßnahmen – sowohl hinsichtlich des Stapelzwanges und der Holländer als auch Englands – den sechs wendischen Städten übertragen.; Versammlung zu Lübeck, 1471 April 1, in: HR II, 6, 437: ... *weren binnen der stad Hamborch to dage vorgaddert ... , dar desulven heren radessendeboden, nafolgende sodane macht alse de gemenen stede van der Dutschen hanse den soz Wendeschen steden samptliken unde der stad Lubeke sunderlinges, umme de gemenen stede van der hanse to dage to vorschrivende, gegeven hebben.*

<sup>127</sup> HAMMEL-KIESOW, Die Hanse (wie Anm. 45), S. 81; entsprechende Beispiele, so im Hinblick auch auf Landesstädte in: ebd. S. 109: Braunschweig, S. 111 f.; Northeim und Breslau, Berlin, Stendal und Salzwedel; DOLLINGER, Die Hanse (wie Anm. 7), S. 169.

<sup>128</sup> HR I, 2, 182 (vor 1379 Juni 24); ebd. 218 (1380 wohl Juli 4); ebd. 219 § 1–2.; Klaus KRÜGER, Die Ehre der Stadt – die Ehre der Hanse, in: Außenpolitisches Handeln im ausgehenden Mittelalter: Akteure und Ziele, hg. von Sonja DÜNNEBEIL und Christine OTTNER, Köln 2007, S. 277–289, bes. S. 285 ff.

Bürgermeister Heinrich von Alfeld kam, sandte der Hansetag Boten nach Goslar. Diese beschwerten sich über die Missachtung des hansischen Versuchs zur Schlichtung und wiesen an, Goslar solle sich – bei Verlust der Hanse – bis zum Oktober 1446 mit Alfeld vergleichen (*darumme de erbenomeden heren radessendeboden endrechtliken sloten, dat se beyde vor de stede komen scholden unde denne scholde me beyde vorscrevenen parte darsulvest horen*). Auf der Versammlung zu Lübeck im Mai 1447 konnte festgestellt werden: *so synt beyde vorscrevenen parte gewesen vor den heren radessendeboden*, ohne dass es zu einer Einigung kam, weshalb die Versammlung die Erledigung des Streits den sächsischen Städten übertrug.<sup>129</sup> Auch die vollzogene Verhansung der Stadt 1448 führte nicht zum Einlenken. Magdeburg schrieb im März 1450 an Lübeck – ähnlich wie Hildesheim im Juli 1450 nach Bremen: Es wolle sich in dem Streit zwischen Goslar und Alfeld zunächst rechtlich belehren lassen, ob es dem Gebot des Kaisers zu Gunsten von Goslar oder dem Spruch der Städte gegen Goslar zu folgen habe. 1453 verwahrte sich Goslar gegen die weitere Einmischung in seinen Zwist mit Alfeld; erst durch die Vermittlung der sächsischen Städte kam 1454 ein Vergleich zustande und wurde die Stadt wieder in die Hanse aufgenommen.<sup>130</sup>

### Konflikt – Konfliktlösung – Konfliktverhalten

Den Kölnern war daran gelegen, dass ihr Handel nach Süden, nach England und Flandern weitgehend unabhängig blieb.<sup>131</sup> So leisteten sie Widerstand auch gegen die Lübecker Englandpolitik.<sup>132</sup> 1449 hatten sie z. B.

<sup>129</sup> HR II, 3, 288, § 3, § 14, § 26: *Unde de vorscreven heren radessendeboden hebben siik myt dessen saken hochliken unde myt gantzeme vlite bekummert unde int lateste den vorscreven parten veer stede geordineret unde ghevoget, bii namen Meydeborg, Brunszwigk, Gotingen unde Luneborg, welke vorscrevenen veer stede dorch ere vulmechtigen sendeboden bynnen Brunszwigk de vorscrevenen parte in wytliker fruntschopp edder nach beschrevenem rechte bynnen ener genanten tiid, de de ersamen van Luneborg den anderen steden veer weken tovooren scholen vorschryven, vorscheden scolten. Unde wes de erbenomeden veer stede den vorscreveen parten nach beschrevenem rechte edder witliker fruntschopp seggende werden, dat scholen se ghenszliken holden bii vorlust der hensce unde 20 mark fynes goldes, ...*

<sup>130</sup> Uvo HÖLSCHER, Beiträge zur Geschichte von Goslar 4: Heinrich von Alvelde – Bürgermeister von Goslar, 1445–1454, in: Zeitschrift des Harz-Vereins 29, 1896, S. 16–80; Wilfried EHBRECHT, Eintracht und Zwietracht. Ursache, Anlass, Verlauf und Wirkung von Stadtkonflikten, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, hg. von Matthias PUHLE, Magdeburg 1996, S. 298–321, bes. S. 317; ENGEL, Goslar (wie Anm. 25), S. 224.

<sup>131</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43), S. 102.

<sup>132</sup> HR II, 3, 288 § 29; 533, 661; PITZ, Bürgereinung (wie Anm. 16), S. 357: „Erfolgreich jedoch strebten die Kölner danach, in dem Streit zwischen Lübeckern und Engländern nicht als Partei, sondern gestützt auf die anderen, an der Sache nicht beteiligten Hansestädte, als Vermittler aufzutreten und sich so für eine Zeit tatsächlich als Haupt der Hanse zu erweisen“;

ihre Sendboten bei den englisch-hansischen Verhandlungen in Deventer angewiesen, einen Sonderfrieden für die Kölner Kaufleute abzuschließen, falls die Unterredungen ergebnislos verlaufen sollten. Als die Lübecker im September 1451 die Teilnahme an den schon vereinbarten Nachverhandlungen zum Vorvertrag von Utrecht definitiv ablehnten, begann Köln, die Hansetage zu boykottieren und eine innerhansische Opposition zustande zu bringen, die auch ohne Lübeck die Verhandlungen mit der englischen Regierung führen sollte. Die preußischen und zuiderseeischen Städte, ja sogar Bremen und Hamburg unterstützten die Ansichten Kölns und ignorierten Lübeck, so dass sich die Lübecker zur Aufnahme von Verhandlungen veranlasst sahen.<sup>133</sup>

Das Verhalten Kölns und einiger anderer, kleinerer Städte 1469 gegenüber der Hanse zog einen Krieg mit England und den Ausschluss Kölns aus der Hanse nach sich.<sup>134</sup> Die Hanse hatte unter Androhung der Verhängung beschlossen, den Stalhof zu räumen, und begann am Ende des Jahres 1469 einen Kaperkrieg gegen England. Nur die Kölner blieben im Stalhof zurück und versuchten, ihre „Sonderhanse“ auch rechtlich durch königliche Privilegien abzusichern.

Deutlicher wurden zudem die Bestrebungen Kölns, im niederländischen Handelsraum die eigene Selbständigkeit herauszustellen.<sup>135</sup> Köln versuchte zwar, sich mit Schreiben vom 14. August 1470 an die zu Lübeck am 24. August versammelten Ratssendeboten der Hansestädte und an Lübeck zu rechtfertigen: Das durch den Spruch des herzoglichen Hofes erwiesene Unrecht des Kaufmanns zu Brügge habe Köln zu einem Prozess gezwungen (*dat wiir van den alderluden gescreven han in unsen vorscrifften, is mit den rechten des durchluchtigen princen unses gnedigen heren, heren hertogen van Burgonien etc., dar an se uns ind unse burgere gedrongen*

---

Stuart JENKS, England, die Hanse und Preußen. Handel und Diplomatie 1377–1474 (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N.F. Bd. 38), Teil I – III, Köln 1992, Teil II, bes. S. 659: „Faktisch, wenn auch nicht formal, war Köln damit das Oberhaupt der Hanse geworden.“

<sup>133</sup> JENKS, England (wie Anm. 132), S. 659f.; Stuart JENKS, Die Hansen in England: Die wirtschaftliche und politische Bedeutung ihres Handelns (1380–1474) und ihre Versuche zur Bewältigung der Krise von 1468, in: Norwegen und die Hanse. Wirtschaftliche und kulturelle Aspekte im europäischen Vergleich, hg. von Volker HENN und Arnved NEDKVITNE (Kieler Werkstücke A/11), Frankfurt (Main) 1994, S. 109–159.

<sup>134</sup> Friedrich-Wilhelm HEMANN, Lübecks Englandpolitik von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Utrechter Frieden. Die westfälischen Städte zwischen Köln und Lübeck, in: Beiträge zur westfälischen Hansegeschichte, hg. von Friedrich Bernward FAHLBUSCH, Friedrich-Wilhelm HEMANN und Bernd-Ulrich HERGEMÖLLER, Warendorf 1988, S. 64–108; Stuart JENKS, Der Frieden von Utrecht 1474, in: Der hansische Sonderweg? Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Hanse, hg. von Stuart JENKS und Michael NORTH (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N. F. Bd. 39), Köln 1993, S. 59–76.

<sup>135</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss Kölns (wie Anm. 43), S. 106f.

*hayt wedder der hanszen vriiheit, privilegien unde rechten, die wiir ind die unse vur unsz namen ind dat gericht declinerden unde sachten, die sache en geburde sich niet aldaer tzo handelen off voirgenoymen tzo werden, dan vor unsen oversten, unsen alreghedigsten heren den Romeschen keyser oft den gemenen steden der Duitschen hense).* Unter Hinweis auf die oberste Gerichtsbarkeit durch den Kaiser betonten sie, in der Hanse zu bleiben; sie verlangten die Mitteilung der Beschlüsse zum Zwecke der Begutachtung und verwahrten sich gegen deren Verbindlichkeit, solange sie diesen nicht zugestimmt hätten.<sup>136</sup>

Köln wurde im September 1470 mitgeteilt, sofern es die Recessse befolge, würde man Köln gern in der Hanse behalten<sup>137</sup>; anderenfalls wollte man dem Beschluss der am 24. August 1470 zu Lübeck versammelten Ratssendeboten (darunter die der Reichsstädte Lübeck, Dortmund und Goslar) folgen: Mit Wirkung vom 22. Februar 1471 werde Köln „verhanst“, d. h. aus der Hanse ausgeschlossen und einem totalen Handelsembargo unterworfen.<sup>138</sup>

„Neben drohenden inneren Umwälzungen in mehreren Städten führten gerade auch das Verhalten der rheinischen Kaufleute in Brügge und London sowie die außenpolitischen Belastungen zum engeren Zusammengehen vieler Hansestädte unter lübischer Führung.“<sup>139</sup> Die allgemeine Tagfahrt zu Lübeck am 1. April 1471 begründete und bestätigte den seit Februar bestehenden Ausschluss Kölns.<sup>140</sup> Aus den Reichsstädten anwesend war jetzt lediglich der Rat von Lübeck.

<sup>136</sup> HR II, 6, 346.

<sup>137</sup> HR II, 6, 358.

<sup>138</sup> HR II, 6, 356 § 106: *Unde wante denne desser unredeliker unlympliken unde untheliken artikele vele mer syn, ... hyrumme de gemenen stede van der hense hebben een-drachtliken ghesloten, dat se de van Colne ... gantzliken entberen, ... nicht lyden, unde ... nicht vordegedinghen willen na ...* [1471 Februar 22]; anwesend waren Rsn. von Bremen, Rostock, Stralsund, Wismar, Magdeburg, Braunschweig, Danzig, Riga, Dorpat, Reval, Stendal, Göttingen, Stade, Uelzen, Buxtehude, Halberstadt, Hildesheim, Goslar, Einbeck, Neu-Stargard, Hamburg, Dortmund, Lüneburg, Kolberg, Lübeck, Königsberg, Deventer, Wesel, Zwolle und Herford. Außerdem hatten 20 Städte der Versammlung bzw. einzelnen Städten ihre Vollmachten erteilt und verbürgte sich Lübeck für den Gehorsam von Kiel (§ 2).

<sup>139</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43), S. 107; dazu: Recess zu Lübeck [1447 Mai 18] in: HR II, 3, 288 § 57; Rezess zu Lübeck [1470 August 24] in: HR II, 6, 356 §§ 125 und 126; Rezess zu Lübeck [1471 April 1] in: HR II, 6, 437, Einleitung.

<sup>140</sup> HR II, 6, 437 § 12; ebd. § 13: *Vurder is berecesset, wante de stede dessen artikel willen strengeliken underhouden hebben, oft jenich borger edder kopman van Collen umme desser ordinancie willen in jeniger anderen hensestad borger werden wolde edder zik geven wolde under jenigen heren, umme van eme beschuttet edder beschermet (to) werden, menende unde hopende, dat desulve borger edder kopman daromme der stede unde kopmanns privilegia, de se hebben in den veer stapelen, gebruken scholden etc., dat alsulke der stede privilegia van der hanse nicht gebruken.* Anwesend waren Rsn. von Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg und der Rat von Lübeck sowie der Sekretär des Kaufmanns zu Brügge. Braunschweig, Stendal und Stade hatten den Städten Vollmacht erteilt.

Zu den von Juli bis September 1473<sup>141</sup> und ebenso von Februar bis Mai 1474<sup>142</sup> in Utrecht stattfindenden Versammlungen erschienen aus den Reichsstädten Ratssendeboten von Lübeck und Dortmund. Auffallend ist: An den Verhandlungen dort nahm keine sächsische Stadt teil. Die sächsischen Städte verknüpften ihre Bereitschaft zur Ausstellung von Vollmachten mit der Bedingung, dass es ihnen ermöglicht würde, ihre Waren auf Hamburger Schiffen nach England zu transportieren. Hamburg erklärte sich zunächst, später nicht mehr dazu bereit. – Köln hatte sich am 3. Januar 1474 bei den Städten über die Behandlung seiner Ratssendeboten in Utrecht beschwert: ... *wie dem allit, diewyle gude vrunde id wair is, dat unse burgere over 250 jaire durch sunderlinge gratien vryheiden ind privilegien van den koenynge in Engelant seliger gedacht ind ouch desen ytzigen konynek uns ind unsen burgeren verliet, ...*<sup>143</sup> Ende Oktober 1474 räumten die Kölner den Stalhof (bekanntlich unter Mitnahme des Tafelsilbers, der Privilegien und Amtsbücher<sup>144</sup>).

Vom 28. Mai bis 20. Juni 1476 waren die Städte in Lübeck versammelt, die Kölner als Gast zugelassen und von den Reichsstädten außer Köln ebenfalls nur Lübeck und Dortmund anwesend.<sup>145</sup> Die Kölner mussten sich heftigen Vorwürfen von allen Seiten stellen und erhielten schwere Auflagen.<sup>146</sup> Vom 27. August bis 13. September 1476 versammelten sich die Ratssendeboten in Bremen; persönlich vertreten waren die Reichsstädte Lübeck und Goslar.<sup>147</sup> Es kommt zur „Bremer Konkordie“, d. h. zur

<sup>141</sup> HR II, 7, 34; die Hansestädte waren vertreten durch Rsn. von Lübeck, Hamburg, Dortmund, Münster, Danzig, Deventer und Kampen; dazu kamen im September die von Bremen; ferner erschienen Vertreter des Kaufmanns zu Brügge, des zu London und des zu Bergen. Auf der anderen Seite waren zugegen oder fanden sich während der Verhandlungen ein: Gesandte des Königs von England, des Herzogs Karl von Burgund, des Herzogs von Bretagne, des Herrn von Bergen-op-Zoom, der Lande und Städte von Holland, Zeeland und Friesland; Köln, Antwerpen, Mecheln und Dinant.

<sup>142</sup> HR II, 7, 142; anwesend waren Rsn. von Lübeck, Hamburg, Dortmund, Münster, Danzig, Deventer, Kampen; Deputierte des Kaufmanns zu Brügge und des zu London; Gesandte des Königs von England, des Herzogs von Burgund, der Lande und Städte von Holland, Zeeland und Friesland, der vier Lede von Flandern sowie Dinant.

<sup>143</sup> HR II, 7, 113.

<sup>144</sup> HR II, 7, 338 §§ 89–93; zur Anklage über das Vergehen der Kölner gegenüber einem Goldschmied aus Dortmund: HR II, 7, 338, §§ 87 und 88, § 110.

<sup>145</sup> HR II, 7, 338; anwesend waren die Rsn. von Rostock, Stralsund, Hamburg, Dortmund, Lüneburg, Greifswald, Lübeck, Deventer und Zwolle sowie Vertreter des Kaufmanns zu Brügge, des zu London und des zu Bergen. Während der Dauer der Verhandlungen fanden sich noch ein Rsn. von Wismar, Riga, Stade, Reval und Dorpat. Weitere 10 (12) Städte erteilten ihre Vollmacht. Ferner erschienen Rsn. von Köln.

<sup>146</sup> HR II, 7, 338 §§ 126–130; JENKS, England (wie Anm. 132).

<sup>147</sup> HR II, 7, 389; anwesend waren Rsn. von Lübeck, Rostock, Magdeburg, Braunschweig, Halle, Stendal, Stade, Osnabrück, Halberstadt, Hildesheim, Goslar, Einbeck, Soest, Hannover, Minden, Paderborn, Bremen, Buxtehude, Hamburg, Lüneburg, Münster, Deventer, Zwolle, Groningen und Kampen sowie Vertreter des Kaufmanns zu Brügge, des zu London und des zu Bergen, darüber hinaus Rsn. von Köln und Räte des Bischofs von Münster.

Einung und Wiederaufnahme Kölns in die Hanse. Der Rezess schließt mit den Worten: *Item hebben de radessendeboden den van Lubeke bevolen unde vulle macht gegeven, alse de van Collene sulk eynen hyr nabe-schrevenen so(e)nebreff mytt den ratificacienbreve vorberort under der stad Collene segel vorsegelt en ton handen schicken, dat se alsedan van der gemeynen hanzestede unde radessendeboden wegene an den heren koninghe van Engelant in der besten wyse solen schryven unde synen gnaden verkundighen de wedderentfanginge in de hanze der van Collene.*<sup>148</sup>

1418 war es den Kölnern gelungen, die Dortmunder aus ihrer alten Führungsposition der westfälischen Städtegruppe zu verdrängen. Köln stand an der Spitze des westfälischen Kontordrittels in Brügge. Die Kölner brachten die niederrheinischen und westfälischen Städte auf ihre Seite und stellten sich 1450 an die Spitze eines Kölner Hansedrittels.<sup>149</sup> Die erste der nach Wesel gerichteten Tagfahrten des Kölner Drittels ist für 1458 bezeugt. Indem Köln für seine Dritteltage eine feste Sitzordnung für die Vertreter der eingeladenen Städte plante, übernahm es einen wesentlichen Bestandteil des Zeremoniells der allgemeinen Hansetage.<sup>150</sup> Köln konnte jedoch erst nach dem finanziellen Niedergang des Hauptkonkurrenten Dortmund von 1450 bis 1469 zum alleinigen Wortführer werden.<sup>151</sup>

Mit dem Ausschluss Kölns aus der Hanse (1469/71) brach die gesamte Drittelkonstruktion zunächst zusammen, obwohl mit dieser politischen Maßnahme das Gewicht der Wirtschaftseinheit Köln im westfälischen Raum nicht gemindert wurde.<sup>152</sup> Die westfälischen Städte, also Dortmund, Soest, Münster, Osnabrück, Paderborn, Lemgo und Herford, lehnten es jedoch ab, sich in die totale Konfrontation gegen Lübeck hineinziehen zu

<sup>148</sup> HR II, 7, 389, S. 627, § 117; ebd. § 118: ... *Item so worden den sendeboden van Collene de Engelschen privilegie zen laten, unde darmede schededen unde valedicerden sik de radessendeboden vruntliken.*

<sup>149</sup> Wilfried EHBRECHT, Luise von Winterfelds Untersuchung „Das westfälische Hansequartier“ im Lichte der Forschung mit besonderer Berücksichtigung der kleinen Städte, in: Fortschritte der Forschung und Schlussbilanz. Einleitung in den Schlussband VI von Franz PETRI und Alfred Hartlieb VON WALLTHOR, Erster Teil, Münster 1989, S. 252–276; SCHOPPMAYER, Hansische Organisationsformen (wie Anm. 81), S. 80: „So mündete diese 30–40jährige Turbulenzphase hinsichtlich der hansischen Organisation in das Ergebnis, dass die Führerstellung der Vierstädte weitgehend gebrochen war, die 1430 und 1445 nachgerückten Städte lediglich auf einer mittleren Ebene Bedeutung beanspruchen konnten, Köln seine Vorortschaft auch organisatorisch anmeldete und die territoriale Eingebundenheit der westfälischen Städte sich in jedem Fall stärker als hansische Solidarität und hansische Maßnahmen erwies.“

<sup>150</sup> SCHOPPMAYER, Hansische Organisationsformen (wie Anm. 81), S. 80.

<sup>151</sup> Luise VON WINTERFELD, Dortmunds Stellung in der Hanse (Pfingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, Bd. 33), Lübeck 1932, S. 35–66; Gustav LUNTOWSKI, Dortmund, Köln und die Hansevorortschaft, in: HGBll. 100, 1982, S. 56–68; NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43).

<sup>152</sup> SCHOPPMAYER, Hansische Organisationsformen (wie Anm. 81), S. 80.

lassen. Als Köln offen von der Hanse abfiel, schloss sich nur eine sehr kleine Zahl rheinischer Städte den Kölnern an.<sup>153</sup>

Während der Versammlung zu Lübeck im April 1469 wurde ein engerer Ausschuss zur Beratung über die englische Frage gebildet; diesem sollten angehören: zwei Bürgermeister aus Lübeck, zwei aus den zuiderseeischen Städten, die Bürgermeister von Hamburg, Dortmund und Rostock sowie Herr Bernd van Danczk.<sup>154</sup> Dortmund schrieb am 5. Mai 1470 an Münster: Die Besendung des Lübecker Hansetages falle auch ihnen nicht leicht, doch werde der deutsche Kaufmann in England und auf anderen Plätzen so gewaltsam seiner Freiheiten beraubt, dass ein gemeinsamer Widerstand der Hansestädte notwendig erscheine.<sup>155</sup>

Köln bestätigte am 25. Oktober 1470 Dortmund den Empfang der Mitteilung, dass Dortmund, Deventer, Zwolle, Soest und Wesel vom Lübecker Hansetag beauftragt worden seien, mit Köln zu verhandeln, Wesel und Zwolle sich diesbezüglich jedoch weigern würden, während Deventer und Soest bereit seien, am 4. November 1470 mit Dortmund und Köln in Wesel zusammenzukommen.<sup>156</sup> Am 13. November 1470 ging ein Schreiben Kölns an die zu Wesel versammelten Ratssendeboten von Dortmund, Deventer und Soest, in dem angeführt wurde, dass den Kölnern das Geleit wider Erwarten verweigert worden und sie die Tagfahrt wegen einiger nicht fern vom Wege angesessener Herren, mit denen sie in Unfrieden seien, nicht zu besenden wagen, um den den Städten vom Lübecker Hansetag erteilten Auftrag kennenzulernen.<sup>157</sup> Die zu Wesel versammelten Ratssendeboten von Dortmund, Soest, Deventer und Wesel teilten den Kölnern daraufhin am 16. November 1470 die Beschlüsse des Hansetages, so auch über die eventuelle Verhansung von Köln, mit; sie würden diese gern verhüten und hoffen, dass Köln den Beschlüssen nachkommen werde.<sup>158</sup>

Die Verhandlungen mit England zu Utrecht im Februar/März 1474 betrafen auch die Frage, *wo men den kopman weder invoren wille*. Da habe

<sup>153</sup> LUNTOWSKI, Dortmund (wie Anm. 151), S. 59.

<sup>154</sup> Danziger Bericht über den Hansetag zu Lübeck, 1469 Mai 4–16, in: HR II, 6, 185 § 11.

<sup>155</sup> HR II, 6, 295: *anders is te bevruchtende, dat de Dutsche kopman myt alle solde an siinen privilegien, neringe und kopenscoppen tho achterdeyle komen unde de anderen buten der henze solden in de neringhe und vart des erscreven kopmans van der henze komen, des alreide als wii verstaen vast wat geschiet, dat van noden und nutte were bii tiiden weders-taen worde; ...* Dortmund selbst aber werde derzeit so mannigfach befehdet, dass es nicht wisse, auf welchem Wege es seine Ratssendeboten sicher nach Lübeck schicken könne. Die Dortmunder ersuchten deshalb Münster, Dortmund auf dem Hansetag zu entschuldigen, und kündigten die Übersendung einer Vollmacht an; auch HR II, 6, 300–309.

<sup>156</sup> HR II, 6, 375.

<sup>157</sup> HR II, 6, 378.

<sup>158</sup> HR II, 6, 379.



ein Teil der Ratssendeboten vorgeschlagen, dass die von Dortmund und Münster mit den anderen zu Pferde über Land kommen sollten, wobei die von Dortmund *ere hovet wesen scholden*.<sup>159</sup>

Am 30. Mai 1474 erinnerte Köln die Dortmunder an die alte Freundschaft beider Städte und bat, dass Dortmund mit seinen Nachbarstädten sich für Köln verwende und Lübeck und Hamburg sowie – wenn nötig – noch andere Städte ermahne, die Verfolgung der Kölner in England mindestens bis zum Hansetag einzustellen. Dortmund antwortete Köln am 2. Juni 1474, es werde den Wunsch der Kölner sowohl seinen Nachbarstädten als auch Lübeck und Hamburg gern mitteilen *und darynne so vele gudz doin als wii kunnen und mogen*. Am 10. Juni 1474 teilten die Dortmunder Lübeck und Hamburg über die Resonanz bei ihren Nachbarstädten mit: *der uns eyn deils uns weder op gesreven hebn, wes wii darinne doin sii en wal tho wiln, unde ok eyn deil uns noch nicht weder gesreven en hebt*, und baten darum, dass Lübeck und Hamburg mit ihren Nachbarstädten dem Anliegen Kölns stattgebe, soweit es *juwen ersamen wisheiden temelick unde mogelick is tho done van der gemeynen hanzestede wegene, op dat id weder thor guden alden eyndracht mochte komen tusschen den hanzesteden unde der stad Colne*.<sup>160</sup>

Im Rezess der Versammlung zu Lübeck vom 31. August 1474 wurden die Städte genannt, die den Frieden mit den Engländern angenommen und versiegelt hatten; darunter die Reichs- und Hansestadt Dortmund.<sup>161</sup> Während der Versammlung zu Lübeck im Mai/Juni 1476 wurden die Kölner darauf hingewiesen, sie sollten merken, dass die Städte *to gnaden unde to vreden nicht to ungnaden edder wrevele* geneigt seien, weshalb die Ratssendeboten einen engeren Rat aus vier Bürgermeistern gebildet hätten, zu dem der aus Lübeck, aus Hamburg, aus Dortmund und aus Deventer gehörten.<sup>162</sup>

<sup>159</sup> HR II, 7, 138 § 126; ebd. § 15: *Item to namyddage to dren hebben de Engelschen deme doctori van Lubeke laten presenteren de avescrijft sulckes vorberorten breves in dem perliamente besloten, de darmede to her Hinricke Murmeister is gegangen, unde den hefft de doctor van Lubeke uthe deme Latine moten in Dudesch setten, darumme de radessendeboden des namyddages nicht vorgadderden unde tosamende komen mochten. Vorder hebben se ock overgelesen unde masticert de copien des Engelschen procuratorii, welck den van Dorptmunde, Deventer unde alle de siick des Latines vorstunden over to seende gesand wart.*

<sup>160</sup> HR II, 7, 215, 216, 222.

<sup>161</sup> HR II, 7, 250 § 5: *Item worden den steden namhaftich gemaket sodane stede, de den vrede myt den Engelschen angenamet unde vorseghelt hebben beschedelik: Bremen, Dortmund, Paderborn, Soest, Lippstadt, Duisburg, Attendorn, Wesel, Deventer, Kampen, Wismar, Rostock, Stavoren, Zwolle, Oldenzaal, Groningen, Magdeburg, Stendal, Stralsund, Greifswald, Anklam, Demmin.*

<sup>162</sup> HR II, 7, 338 §§ 40, 66, 67, 72, 74, 75, 112, 113, 124, 125, 134, 144ff.; Bericht der Kölner Ratssendeboten über ihre Verhandlungen mit den Hansestädten zu Lübeck, 1476 Mai 28 – Juni 15, in: ebd. 339 §§ 16ff.



Zu der im August/September 1476 in Bremen stattfindenden Versammlung erschienen die Dortmunder nicht persönlich (*umme notsake hyr nicht hadden mogen schicken*), doch erteilten sie Vollmacht für alles, *wes de radessendeboden der Collenschen unde (in) anderen saken vor dat gemeyne beste donde unde slutende worden*.<sup>163</sup> Die Versammlung zu Bremen kam nicht umhin, protokollarisch festzuhalten: *Vordermer gaff her Hinrik Castorp vor der ratificacienbreve halven des Engelschen vredes, den de van Lubeck vor de gemeynen stede alleynse vorsegelt hadden, dat vele stede, waldan se des vaken weren vorsocht, noch nicht gesant hadden, de se den Engelschen namkundich maken*.<sup>164</sup> Aus dem Bericht der Kölner Ratssendeboten über den Hansetag 1476 zu Bremen geht hervor: Wiederum sei eine Kommission gebildet worden; dieser gehörten an: Lübeck, Hamburg, Braunschweig, Münster, Osnabrück und Deventer. Weiterhin waren es die Bürgermeister von Hamburg, Osnabrück, Münster und Deventer, *die in sunderheit mit den frunden van Coelne gesprieche hielden*.<sup>165</sup> Im Hinblick auf die bis dahin seitens der Kölner nicht erfolgte Rückgabe von Silbergeschmeide, Büchern, Siegeln, Privilegien, Geld, usw. wurden die Bürgermeister von Magdeburg, Braunschweig, Osnabrück und Deventer mit der Unterweisung beauftragt, und auch wegen des Verfolgens am kaiserlichen Hof, *we de koste staen wolde*.<sup>166</sup>

„Die weitaus meisten Städte und vor allem Danzig waren auf Lübecks Seite geblieben.“<sup>167</sup>

So fehlte Köln für die mögliche Alternative, sich an die Spitze der Hanse zu stellen, trotz der wiederholt vermittelnd anmutenden Position der Reichs- und Hansestadt Dortmund, die Unterstützung anderer mächtiger Mitglieder.

Wenn es auf jenen großen hansischen Versammlungen 1469<sup>168</sup>, 1470<sup>169</sup>

<sup>163</sup> HR II, 7, 389 § 12; HENN, ... *vmb Orbar* (wie Anm. 79), S. 27: „Versuche, in den Jahren 1469 und 1470, angesichts der Auseinandersetzungen mit England, des Konflikts mit Köln, der dänisch-schwedischen Spannungen, nicht zuletzt auch der zunehmenden Auseinandersetzungen vieler Städte mit ihren Landesherren ein engeres Bündnis zustande zu bringen, verliefen ergebnislos, und schließlich scheiterte auch der Versuch der Bremer Tagfahrt 1476, zu der Münster, Paderborn und Minden Ratssendeboten entsandt hatten, eine gesamthansische Tagfahrt zu verabschieden, die gerade auch die westfälischen Städte nicht mittragen wollten.“

<sup>164</sup> HR II, 7, 389 § 81: ... *so id besloten were, unde utstellen mosten, dat se doch ungherne deden. Aldus de radessendeboden hiir wesende, de de ratificacienbreve noch nicht gesant hadden, seden, dat to huesz to bringen unde mit den ersten hiir to senden*.

<sup>165</sup> HR II, 7, 390 §§ 14 und 24.

<sup>166</sup> HR II, 7, 389 § 92.

<sup>167</sup> Stuart JENKS, Köln – Lübeck – Danzig. Von der Unvereinbarkeit der Interessen im Englandhandel, in: Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos, hg. von Jörgen BRACKER, 2 Bde., Hamburg 1989, Bd. I, S. 106–111; FRIEDLAND, Die Hanse (wie Anm. 11), S. 157.

<sup>168</sup> HR II, 6, 184, §§ 2–3 (1469 April 23); einschl. Danziger Bericht (1469 Mai 4–16), in:

und 1476 zu einer ganzen Serie von Konflikten über die Platzierung kam,<sup>170</sup> dann stand dahinter aber wohl weniger die Zielsetzung der Einflussnahme auf Willensbildung und Beschlussfassung in Bezug auf die während der Versammlung zu thematisierenden Probleme. – Die Ratssendeboten der Reichsstadt Dortmund waren in Lübeck im April 1469, im Mai und im August 1470 sowie im Mai/Juni 1476 jeweils links von Lübeck, und zwar an zweiter Stelle, über ihnen Hamburg, unter ihnen Lüneburg, platziert. Denen von Goslar war rechts, über ihnen jeweils Hildesheim, unter ihnen Einbeck, in Lübeck im August 1470 von 20 rechts platzierten Städten an 18. Stelle, in Bremen im August 1476 von 17 rechts platzierten Städten an 10. Stelle der Platz zugewiesen worden. Im Sommer 1476 meinten die von Osnabrück, ihnen gebühre es, über denen von Stade zu sitzen, die von Goslar wollten auch höher, die von Soest bei denen von Dortmund, die von Paderborn auch höher und die von Buxtehude bei denen von Stade sitzen. Hierauf wurden mancherlei Rezesse gelesen, *de eyn deel darvan hadden begrepen unde eyn deels nicht*.<sup>171</sup>

---

ebd. 185, §§ 1–3: Die Ratssendeboten von Duisburg hatten beanstandet, dass die von Wesel über die von Duisburg gesetzt worden seien. Die von Duisburg seien von ihren Ältesten darin unterwiesen worden, dass sie in der Hanse älter seien als die von Wesel. Die Teilnehmer aus Elbing und Danzig empfanden es als anstößig, dass die Ordensstadt Königsberg zwischen sie, die Untersassen des Königs von Polen, seien platziert worden war. Obwohl die Ratssendeboten von Nimwegen sonst bei denen von Lübeck zu sitzen pflegten, wurden sie daraufhin mit denen von Deventer auf die gegenüberliegende Seite gesetzt und die von Königsberg an ihrer Stelle platziert. Das sollte denen von Nimwegen und Deventer und ihren anderen, bei ihnen gelegenen Städten *in eren staten unde werdicheyde* keinen Abbruch tun.

<sup>169</sup> HR II, 6, 356 §§ 3–5 (1470 August 24): Die Rsn. von Danzig gaben an, sie hätten von ihren Ältesten den Befehl erhalten, würden sie nicht über die von Königsberg gesetzt werden, dann sollten sie nicht mit zur Tagfahrt gehen, worauf die Königsberger antworteten, sie hätten seit langem über denen von Danzig gesessen und hätten auch keinen anderen Befehl von ihren Ältesten. Der Kompromiss, den man zunächst fand, nämlich die Danziger an Ort und Stelle zu lassen und die Königsberger umzusetzen, rief die Unzufriedenheit anderer Städte hervor; nun beschwerten sich Nimwegen, Deventer und ungenannte andere Städte. Im Recess wurde schließlich festgehalten: Es waren mehrere Städte zwiespältig wegen ihres Sitzens. Wegen der Kürze der Zeit hätten die versammelten Städte aber einträchtig beschlossen, dass eine jegliche für dieses Mal zufrieden sein sollte und solches stehen bliebe bis zur nächsten Tagfahrt der gemeinen Städte, niemandem in seiner zu vertretenden Stelle oder Würdigkeit zu Nachteil oder Schaden.

<sup>170</sup> BEHRMANN, Über Zeichen (wie Anm. 104), S. 115 (unter Bezugnahme auf eine Übersicht über Häufigkeit von und Beteiligung an hansischen Tagfahrten bei DAENELL, Die Blütezeit (wie Anm. 7), S. 311–315): „Zweitens ist die Überlieferung dieser Streitigkeiten auf die seltenen großen Versammlungen des 15. Jahrhunderts beschränkt; genau hier fanden sich aber Konstellationen von Städten, wie es sie vorher kaum einmal oder nie gegeben hatte und für die man deshalb nicht auf feste Traditionen zurückgreifen konnte: So waren zum Beispiel Duisburg und Wesel vor 1469 nie gemeinsam auf einer überregionalen hansischen Tagung erschienen, und als sie es zum ersten Mal taten, kam es zum Streit.“

<sup>171</sup> Lübeck, 1469 April 23, in: HR II, 6, 184; Lübeck, 1470 Mai 31, in: HR II, 6, 330; Lübeck, 1470 August 24, in: HR II, 6, 356; Lübeck, 1476 Mai 28 – Juni 20, in: HR II, 7, 338; Bremen, 1476 August 27 – September 13, in: HR II, 7, 389, §§ 8 und 15.

Köln war in der Vergangenheit wiederholt ehrend als Erzhauptstadt der Hanse bezeichnet worden, so 1379 vom Lübecker Bürgermeister, im 15. Jahrhundert in der Bremischen Chronistik.<sup>172</sup> Während längerer und häufigerer Begegnungen mochten sich gewisse Annäherungsprozesse bei den Teilnehmern – von Reichstagen, von Hansetagen, von Städtetagen – eingestellt haben, auch wenn sie aus verschiedenen Gegenden gekommen waren; auch mochten die Anwesenden, nun noch mehr zu Kennern der anstehenden Probleme geworden, den Daheimgebliebenen in veränderter Position gegenüberreten.<sup>173</sup> Zumindest aber mag jeder Beteiligte mit spezifischen Erinnerungen heimgekehrt sein, einige von ihnen auch an das – im Zusammenhang mit Reichstagen hier schon eingangs erwähnte – die anderen Teilnehmer herabwürdigende Auftreten der Kölner.

Dr. jur. utr. Johann Osthusen war 1469 bereits als Lübecker Syndikus im Amt. Als solcher war Dr. jur. utr./Dr. leg./in beiden Rechten Doktor Johannes Osthusen 1471 auf dem Reichstag zu Regensburg dem Dr. decr. Wolter (Baltherus) van Bilsen, Gesandter der Stadt Köln, persönlich begegnet. Bald darauf, im Dezember 1471, erzählte der Kölner Kerstin Questenberg dem Danziger Ratsherrn Pernt Pawest: Kölns Gesandter, Dr. decretorum Walter von Bilsen, hatte sich, wenngleich erst nach halbtägigem Disput, gegen den Vorsitzanspruch des Lübecker Syndikus Osthusen durchgesetzt.<sup>174</sup> Osthusen aber wurde auch später noch, im Zusammenhang mit der Lübecker Versammlung vom März 1473, den Utrechter Verhandlungen im Sommer 1473 und Februar/März 1474, den Versammlungen in Lübeck im April 1474, Januar, Juli und November 1475 sowie im Mai/Juni 1476 und schließlich auch zu Bremen im August/September 1476, namhaft – Versammlungen, die allesamt das Verhalten Lübecks gegenüber der Hanse thematisierten.<sup>175</sup>

Auch damals, als sich die Ratssendeboten am 28. Mai 1476 im Lübecker Rathaus versammelten, war Herr Johan Osthusen, in beiden Rechten Doktor, anwesend. Es wurde erwogen, wie man es mit denen von Köln halten wolle, wenn man mit ihnen am kommenden Donnerstag die Beratung aufnehme. Man beschloss: Da Kaiser Friedrich und Erzbischof Jo-

<sup>172</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43), S. 102; Die Bremer Chronik von Rinesberch, Schene und Hemeling, hg. von Hermann MEINERT (Die Chroniken der deutschen Städte, Bd. 37), Bremen 1968, S. 166; mit kritischen Anmerkungen zur Edition: Herbert SCHWARZWÄLDER, Die Chronik von Rinesberch und Schene: Verfasser, Bearbeiter, Überlieferung, in: Bremisches Jahrbuch 52, 1972, S. 21–37.

<sup>173</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 71 f.; Joachim DEETERS, Köln auf Reichs- und Hansetagen 1396 bis 1604. Ein Vergleich, in: HGBll. 119, 2001, S. 103–133.

<sup>174</sup> HR II, 6, 533; HELMRATH, Sitz und Geschichte (wie Anm. 39), S. 758, einschl. Anm. 131; NEUMANN, Lübecker Syndici (wie Anm. 42), S. 43.

<sup>175</sup> HR II, 6 und 7; Personenverzeichnis.

hann von Trier an den Rat zu Lübeck geschrieben hatten, wolle man für dieses Mal zulassen, Köln als ein Mitglied des Reiches (*alse eyne lithmate des rykes*) bei sich sitzen zu lassen, nicht jedoch als ein Mitglied der Hanse, sondern nur als einen Gast in vorgegebener Angemessenheit (*nicht also medelithmate der hanze sunder alse geste in mathen*). Auch wurde erwogen, ob man die Ratssendeboten von Köln bei ihrem Empfang und während der ersten Vorhaltung „Herren“ nennen solle (*heren nomen schole*). Als die Städte dann aber solche Schande über die von Köln gehört hatten, haben sie beschlossen, dass man die von Köln in Städten, in denen die Städte Privilegien haben, nicht mit denen der Hanse beschützen solle, weshalb die Ratssendeboten sie nun auch nicht als Mitglied der Hanse zwischen sich setzten, sondern nur deshalb, weil Köln *ene rike stad* und auch *ene olde stad von der hanze* gewesen sei, täten sie ihnen noch so viel zu Ehren.<sup>176</sup> Die Kölner berichteten über ihre Verhandlungen zu Lübeck, sie seien an ihre gewohnte Stelle, an das oberste Ende, gesetzt worden, wengleich unter Protest *dat man sii nu zer tziit nyet dar en sette as van werde eyner hansstat mar as eyne eirliche alde rychstat*.<sup>177</sup>

Die Versammlung zu Bremen im August/September 1476 schloss sich dieser Regelung an; der Recess weist darauf hin: Die Sendboten von Köln seien hereingekommen und *na wyse latesten bescheen, nicht alse lithmate der hanze sunder alse Collene ene olde hanzestad unde ok eyne ryke stad were*, zur Beratung bei denen von Lübeck platziert und durch den ehrsamten Herrn Castorp im Namen der Ratssendeboten willkommen geheißen worden.<sup>178</sup>

Ratssendeboten der gemeinen Städte stellten vielen ihrer Recesse und Tohopesaten das Bekenntnis voran: „Gott zum Lobe, dem Römischen Reiche zu Ehren, um der Existenz der Städte, der Wohlfahrt des Handels und des gemeinen Besten willen“.<sup>179</sup> „Die Hansen nannten sich noch im 14. Jahrhundert gern *ghemeene koeplude uten Roomschen rike van Alemanien*. In Wirklichkeit aber waren das Reich und die Hanse völlig verschiedene politische Einheiten, die einander, außer bei einigen vorübergehenden Gelegenheiten, niemals unterstützten.“<sup>180</sup>

<sup>176</sup> HR II, 7, 338 §§ 1, 2, 6 und 13.

<sup>177</sup> HR II, 7, 339 § 2.

<sup>178</sup> HR II, 7, 389 § 40.

<sup>179</sup> Zum Beispiel in: HR II, 3, 288, Zeile 7–8 und § 23; UBStL VIII, 720, 766; PITZ, Bürgereining (wie Anm. 16), S. 287f.: „Denn darin äußert sich nicht nur die Hochachtung für jenes Heilige Reich, auf das sich im mittelalterlichen Weltbilde alle zeitliche und rechtliche Ordnung des irdischen Lebens gründete, sondern auch die Erinnerung an jenes karolingische, ostfränkische und schließlich deutsche Königtum, unter dessen Schutz der deutsche Kaufmann einst sein Handelsimperium über Nord- und Ostsee errichtet hatte.“

<sup>180</sup> DOLLINGER, Die Hanse (wie Anm. 7), S. 151; vgl. auch Winfried BECKER, Die Hanse

„Wieweit ein mehr als punktuelles Begreifen ökonomischer Zusammenhänge, wie sie für die Privilegienhanse grundlegend sein dürften, in innen- und außenpolitischer Richtung beim König vorausgesetzt werden darf, erscheint durchaus problematisch.“<sup>181</sup> „Die schon für das 14. Jahrhundert sehr in Zweifel zu ziehende Vorstellung, die Hanse habe als irgendwie kompaktes Gebilde für den Kaiser Realität besessen, wird für das 15. Jahrhundert niemand für wahr halten.“<sup>182</sup> „Auch wenn sich der Begriff ‚Hanse‘ oder spezifisch hansische Zusammenhänge immer wieder durchaus im Blickfeld befanden – obgleich weitaus weniger oft als eine als wirkungsvolles Gegenüber des Königs verstandene Hanse erfordern würde –, hat die Einzelstadt den Ausschlag gegeben.“<sup>183</sup> „Die Kategorie ‚hansisch‘ war für die Haltung des Niederrheins gegenüber dem Kaiser und für das Umgehen des Kaisers mit dem Niederrhein nicht im Mindesten von Bedeutung.“<sup>184</sup>

Die Kölner aber hatten sich an den Kaiser gewandt, und der Kaiser setzte sich wiederholt beim König von England und schließlich auch gegenüber den in Utrecht versammelten Ratssendeboten für die Kölner ein.<sup>185</sup> Warum? „... in völliger Verkennung der Machtverhältnisse“?<sup>186</sup> Der Neusser Krieg mit Herzog Karl dem Kühnen von Burgund 1475/76 sowie

---

und das Reich aus dem Blickwinkel der Kommunikation, in: Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, hg. von Hans POHL (VSWG, Beihefte, Nr. 87), Stuttgart 1989, S. 90–115.

<sup>181</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 56.

<sup>182</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 68; Horst WERNICKE, Kaiser, Reich und Städtehanse. Die Konsolidierung der Städtehanse in der Zeit Karls IV. – ein Beispiel eigenständiger Entwicklung eines politisch-sozialen Körpers im Reich der Hausmacht Könige, in: Karl IV. Politik und Ideologie im 14. Jahrhundert, hg. von Evamaria ENGEL, Weimar 1982, S. 261–289; Horst WERNICKE, Hanse und Reich im 15. Jahrhundert – ihre Beziehungen im Vergleich, in: Beiträge zur hansischen Kultur-, Verfassungs- und Schifffahrtsgeschichte, hg. von Horst WERNICKE und Nils JÖRN (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 31/Hansische Studien X), Weimar 1998, S. 215–237.

<sup>183</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 64; Eberhard ISENMANN, Reichsstadt und Reich an der Wende vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit, in: Mittel und Wege früher Verfassungspolitik, hg. von Josef ENGEL, Stuttgart 1979, S. 9ff.; HEINIG, Reichsstädte (wie Anm. 19); SCHMIDT, Der Städtetag (wie Anm. 58); Peter MORAW, Zur Verfassungsposition der Freien Städte zwischen König und Reich besonders im 15. Jahrhundert, in: Res Publica. Bürgerschaft in Stadt und Staat (Der Staat, Beiheft 8), Berlin 1988, S. 7–39.

<sup>184</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 67.

<sup>185</sup> Verhandlungen zu Utrecht – 1474 Febr. – Mai, in: HR II, 7, 111f., 138 § 14; Schreiben Kölns an König Eduard von England, 1474 Mai 2, in: HR II, 7, 209. Köln schreibt, es hoffe trotz dieser unverdienten Unbill auf die Gnade des Königs, denn die Gildehalle habe sich über 200 Jahre in dem ungestörten Besitz der Kölner befunden; Recess zu Lübeck, 1474 August 31, in: HR II, 7, 250 § 11; Köln an König Eduard von England (1475 Januar 22), in: HR II, 7, 279; ebd. 280: König Eduard von England an Kaiser Friedrich [Anfang 1475] mit der Erklärung, warum er dem Wunsch des Kaisers nicht entsprochen und die Kölner aus der Gildehalle gewiesen habe.

<sup>186</sup> NEDDERMEYER, Der Ausschluss (wie Anm. 43), S. 106.

1477 die durch Erbschaft der burgundischen Niederlande bedingte neue Nord-West-Orientierung der habsburgischen Politik verliehen Köln im Nordwesten eine Schlüsselposition.<sup>187</sup>

Aus dem Recess der Versammlung zu Lübeck vom Mai/Juni 1476 geht hervor: Der ehrsame Hinrick Suderman, Rentmeister der Stadt Köln, habe darauf hingewiesen, dass er mit seinen Mitdeputierten hier *van der hilligen stad Collen, de eyn old unde merklik lethmate der hanze* sei, auf Einladung durch die von Lübeck gesandt worden sei.<sup>188</sup> Zur Angelegenheit selbst wird im Recess festgehalten: Die von Köln hätten wegen der Gildehalle Einspruch erhoben und gesagt, die käme ihnen zu, worüber sie Privilegien hätten, die dem König und Kaufmann nicht zustünden; man solle den Sendboten der Städte den Stalhof nicht übergeben, sondern sie *remitterende vor den keyser edder bisschop to Trier, den de sake bevalen were*.<sup>189</sup> Zum Verlauf der Angelegenheit heißt es: Die Kölner hätten *an unsen allergnedigesten heren den Romeschen keyser* geschickt, um etliche Briefe und Vorschriften zu erlangen, *welke breve de van Collen to ereme profyte unde nicht to der hensestede unde kopmans besten vorworven hadden*.<sup>190</sup> Die von Köln hätten in des Kaufmanns von England Angelegenheit auch erzählt, dass der Kaiser und der Bischof zu Trier an die Städte geschrieben hatten, damit die Sache gütlich beigelegt werde, *so were doch de keyser ere unde alle der stede richter*.<sup>191</sup> Das könne bestätigt werden. Johann, Bischof zu Trier, habe vor Zeiten gegenüber denen von Lübeck begehrt, dass solcher Unwille, der zwischen denen von der Hanse und Köln herrsche, gütlich ausgetragen werde. Die von Lübeck hätten dem Bischof daraufhin geschrieben, wenn sie Gutes dazu beitragen könnten, so täten sie das gern. Auch habe *unse allergnedigeste here de Romesche keyser* deshalb dergleichen an die von Lübeck geschrieben, worauf diesem mitgeteilt worden sei, die von Lübeck wollten ihren Fleiß gern dazu aufwenden *unde enen dach tohope theen*.<sup>192</sup>

Die Kölner Ratssendeboten berichteten nach Rückkehr über jene Verhandlungen zu Lübeck im Mai/Juni 1476, als erstes sei rekapituliert worden, dass die Stadt Köln ihre Klage und Gebrechen an den Kaiser gebracht, diese daraufhin dem Erzbischof zu Trier anbefohlen worden sei und darum durch Schrift und Begehren des Bischofs von Trier als kaiser-

---

<sup>187</sup> HELMRATH, Köln und das Reich (wie Anm. 5), S. 28.

<sup>188</sup> HR II, 7, 338 § 14.

<sup>189</sup> HR II, 7, 338 § 97.

<sup>190</sup> HR II, 7, 338 § 83.

<sup>191</sup> HR II, 7, 338 § 21.

<sup>192</sup> HR II, 7, 338 § 13.

lichem Kommissar und auf Wunsch der Städte Köln zu dieser Tagfahrt eingeladen worden sei, um zu besehen, ob man die Gebrechen zwischen der Stadt Köln und den gemeinen Hansestädten beilegen und alle Sachen wieder in die alte löbliche brüderliche Vereinigung bringen könne.<sup>193</sup> Sie, die Gesandten Kölns, hätten auf die Anschuldigung, dass Köln diese Angelegenheiten *unbillich an den keyser bracht haven etc.*, geantwortet, als die Sache mit dem Schoss durch die Alterleute von Brügge gegen die Kaufleute von Köln so hart mit Kummer, Gefängnis und anderem beschwerlichen Unwillen und Verschmähungen verfolgt wurde und die gemeinen Städte von der Hanse sich der Sache annahmen und sich daran beteiligten, die von Köln zu verfolgen, da habe *die noit ind redelicheit die van Coelne darzu gedrongen ind daran gewiist hait, die gebreche zu brengen an unseren alregnedichsten heren Roemsch keyser as eyn overheufft ind rychter der gemeynre hanssteide*.<sup>194</sup>

1476 versammelte man sich danach im August/September zu Bremen. Im Recess wurde festgehalten: Die Kölner erhielten Gelegenheit, auf die Schriften *der Engelschen sake halven*, die ihnen zur letzten Tagfahrt übergeben worden waren, zu antworten. Sie sprachen *van deme werve an den keyser*, indem sie sagten, das alles sei geschehen zur Wohlfahrt der *gemeinen selschopp. Ydermanne, de in noden were gewesen, hadde an syne vrunde umme gehulpen to werden gescreven*.<sup>195</sup>

Alles in allem war es durch das Verhalten Kölns gegenüber der Hanse, das einen Krieg mit England und den Ausschluss Kölns aus der Hanse nach sich zog, wohl zu einer der gefährlichsten Krisen in der hansischen Geschichte gekommen.<sup>196</sup> In der Kölner Chronistik aber wurden die Hanse und auch Lübeck nur selten, die Verhansung Kölns (1470/71) und die Wiederaufnahme der Stadt in die Hanse (1476) nicht erwähnt.<sup>197</sup>

<sup>193</sup> HR II, 7, 339 § 2.

<sup>194</sup> HR II, 7, 339 § 58.

<sup>195</sup> HR II, 7, 389 § 64, weiter § 92.

<sup>196</sup> FRIEDLAND, Die Hanse (wie Anm. 11), S. 157: „Eine der gefährlichsten Krisen der hansischen Geschichte, Kölns (und nur weniger anderer, kleinerer Städte) Abfall von der Hanse 1469 (Krieg mit England; Ausschluss Kölns 1471), hatte ihren Ursprung darin, dass Köln in einem Streit um den Schoß (Ein- und Ausfuhrabgabe für das Brügger Kontor vor Karl den Kühnen, den Herzog von Burgund, zu Gericht gegen den hansischen Kaufmann zu Brügge ging.“

<sup>197</sup> HENN, Städtische Geschichtsschreibung (wie Anm. 100), S. 29f. und 55; ebd. S. 30, Anm. 9: „Aus recht verständlichen Gründen hebt die üblicherweise dem Danziger Bürger und Kaufmann Caspar Weinreich zugeschriebene ‚Danziger Chronik‘ das unsolidarische Verhalten der Kölner nach 1468 hervor.“



### Zusammenfassung

In Niederdeutschland, dem Kernraum der Hanse, befanden sich fünf Reichsstädte: Lübeck, Dortmund, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen sowie die Freie Stadt Köln; die genannten Städte waren zugleich Hansestädte. Alle anderen Städte lagen auf dem Gebiet weltlicher oder geistlicher Fürsten.

Ausgehend von diesen heute im Allgemeinen zugrunde liegenden Richtwerten wurden die genannten Reichsstädte einschließlich Köln hier in ihrem Verhältnis zum Reich, zu den Fürsten, zur Hanse und damit auch zwischenstädtisch zu Reichs- und Landesstädten betrachtet, und zwar zeitlich rückwirkend vom Standpunkt der 70er Jahre des 15. Jahrhunderts aus, der Zeit des Regensburger Reichstags, der Verhansung Kölns und seiner Anerkennung als Reichsstadt durch den Kaiser.

Dabei hat sich bestätigt: Obwohl es in Niederdeutschland vergleichsweise wenige Reichsstädte waren, ist schon allein in ihren Bindungen an König und Reich nicht von einer Egalität auszugehen und schon gar nicht mit der Freien Stadt Köln. Keine der Landesstädte versuchte hier in dieser Zeit, die Reichsunmittelbarkeit anzustreben. Aber: Reichs- und Landesstädte instrumentalisierten im Einzelfall ihre Reichsnähe sowohl in ihrem historisch-politischen Bewusstsein als auch in praktischen Beziehungen. Es kam zu gemeinsamen Entscheidungen von Reichs- und Landesstädten gegenüber dem Reich.

Im Verhältnis von Reichs- und Landesstädten zueinander erwiesen sich stadtrechtliche Bezüge, regionale Städtebündnisse und die Hanse als gruppenbildende Faktoren von relativer Dauer. Aus regionalen Städtebündnissen der wendischen, pommerschen und sächsischen Städte entwickelten sich unter Beteiligung von Reichs- und Landesstädten zum Schutz der Einzelstädte *Tohoposaten*. Wie die wendischen Städte waren auch alle Teilnehmer des sächsischen Bündnissystems Mitglieder der Hanse.

Doch auch „hansisch sein war eine Eigenschaft unter mehreren; von Stadt zu Stadt war das Maß des Hansischseins im Vergleich zu anderen Seinsformen verschieden. Natürlich konnte man auch sehr hansisch sein, aber eben auch wenig hansisch. Im Hinblick auf die unterschiedliche Größe der Städte wird man hinzusetzen: Bei einem Riesen wie Köln war selbst der kleine Anteil des Hansischen, der hier hervortrat, gewichtig genug, um eine Polarität zum besonders hansischen Lübeck herbeizuführen.“<sup>198</sup> Seit dem zweiten Viertel des 15. Jahrhunderts sind konfliktrträgliche Zuspitzungen im Verhalten Kölns erkennbar. Ende der 60er Jahre des

---

<sup>198</sup> MORAW, Hansestädte (wie Anm. 8), S. 64.

15. Jahrhunderts geht auf Grund von Unsicherheiten der Verkehrswege und auch aus differierenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen Binnen- und Küstenstädten die Teilnahme der Städte an den Versammlungen der Hanse zurück.

Aber: Reichsstädte hatten sich regional integriert und mit der Hanse identifiziert. Eine Polarisierung von Reichsstädten einerseits und Landesstädten andererseits im Verhältnis zur Hanse ist auch in Konfliktsituationen nicht erkennbar.